



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2012

Laura Krauss

**Versöhnungspolitik in Spanien
seit dem Ende des Franco-
Regimes.**

Bachelorarbeit bei
Dr. Tanja Zinterer
2012

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	4
1 Einleitung	5
2 Historischer Hintergrund	7
2.1 Spaniens Geschichte seit dem 19. Jahrhundert	8
2.2 Historische Konfliktlinien in Spaniens Gesellschaft	17
3 Forschungsprozess	22
3.1 Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2010)	22
3.2 Datenerhebung	26
3.3 Ergebnisse	36
3.3.1 Wahlprogramme	37
3.3.2 Gesetzestexte	43
4 Fazit und Ausblick	46
Literaturverzeichnis	50
Eigenständigkeitserklärung	58

Abkürzungsverzeichnis

ARMH	Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica
CEDA	Confederación Española de Derechas Autónomas
CG	Cortes Generales
CNT	Confederación Nacional de Trabajo
ETA	Euskadi Ta Askatasuna
MN	Movimiento Nacional
PLF	Partido Liberal Fusionista
PLC	Partido Liberal Conservador
PP	Partido Popular
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
UCD	Unión de Centro Democrático
UP	Unión Patriótica

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1:</i> Die Regierungen seit der Demokratisierung	17
<i>Abbildung 2:</i> Kategoriensystem	34
<i>Abbildung 3:</i> Einordnung der PSOE-Wahlprogramme	38
<i>Abbildung 4:</i> PSOE-Wahlprogramme im zeitlichen Verlauf	39
<i>Abbildung 5:</i> Einordnung der PP-Wahlprogramme	40
<i>Abbildung 6:</i> PP-Wahlprogramme im zeitlichen Verlauf	41
<i>Abbildung 7:</i> Wahlprogramme von PSOE und PP im Vergleich	42
<i>Abbildung 8:</i> Verabschiedung der Gesetzestexte	43
<i>Abbildung 9:</i> Einordnung der Gesetzestexte	44
<i>Abbildung 10:</i> Einordnung der Gesetzestexte im zeitlichen Verlauf	45

1 Einleitung

Es ist der 20. November 2010, der 35. Todestag des spanischen Diktators Francisco Franco. Nördlich von Madrid versammeln sich am *Valle de los Caídos* rund hundert Menschen, um dem Tod des Generals zu gedenken (vgl. Peters 2011). Im größten Massengrab Spaniens, das zu Lebzeiten des Diktators als Denkmal für die Sieger des Spanischen Bürgerkrieges von Zwangsarbeitern errichtet wurde, liegen neben dem Diktator zehntausende für ihn im Kampf gefallene Soldaten und viele ihrer republikanischen Gegner. Zum Faschistengruß gehobene Arme sind zu sehen, energische „Franco, Franco“-Rufe zu hören. Nicht weit vom Geschehen entfernt, gruppieren sich Anti-Faschisten und –Franquisten, erzürnt beschimpfen sie die Trauernden als „Mörder“ und „Leichenfledderer“. Die Szenerie zeigt exemplarisch: Die spanische Bürgerkriegs- und Diktaturvergangenheit ist auch gut 30 Jahre nach Etablierung der Demokratie von Teilen der Gesellschaft noch nicht ad acta gelegt. Der Konflikt zwischen Anhängern und Gegnern des Diktators in der spanischen Bevölkerung ist weiterhin zu spüren, die Aufarbeitung und Beilegung der Vergangenheit nicht weit fortgeschritten.

Als wichtigste Parteien haben sich seit dem Ende der Franco-Diktatur die sozialistische PSOE und die konservative PP auf der iberischen Halbinsel etabliert. Seit den Wahlen von 1982 sind sie die einzigen Parteien, die eine Parlamentsmehrheit auf nationaler Ebene erreichen konnten. Betrachtet man die Geschichte Spaniens fällt auf, dass die Spaltung der dortigen Gesellschaft und Politik weit zurückreicht, in der Literatur ist nicht selten die Rede von den „zwei Spanien“. Konservativ-monarchische und liberal-republikanische Strömungen standen sich früh feindlich gegenüber, zahlreiche Verfassungsänderungen und Machtwechsel waren die Folge. Höhepunkt

des Konfliktes war der Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges im Jahr 1936, aus dem die Konservativen unter Francisco Franco als Sieger hervorgingen.

Inwiefern diese politische Spaltung noch heute aktuell ist und sie die Aufarbeitung und Bewältigung der Vergangenheit beeinflusst, soll in dieser Arbeit untersucht werden. Die These lautet, dass die öffentliche Aufarbeitung des spanischen Bürgerkrieges und der Franco-Diktatur geprägt ist von der zwischenparteilichen Konfliktlinie Franco versus Anti-Franco, an der sich PP und PSOE gegenüberstehen. Weiter wird die These aufgestellt, dass die PSOE, die auf der Seite der liberal-republikanischen Strömung anzusiedeln ist, sich seit dem Ende der Franco-Diktatur um die Aufklärung der Verbrechen während Bürgerkrieg und Diktatur bemüht und die PP, die historisch bedingt konservativ-monarchische Überzeugungen vertritt, dagegen die Thematik der Geschichtsaufarbeitung aktiv umgeht. Fragen, die im Zusammenhang mit den Thesen stehen, sollen beantwortet werden: Auf welche Art und Weise gehen PSOE und PP mit der Vergangenheit von Spanischem Bürgerkrieg und Franco-Diktatur seit der Einführung der Demokratie um? Inwiefern unterscheidet sich der Umgang mit der Vergangenheit der PSOE von dem der PP und ändert sich dieser im Laufe der Zeit?

Um die Thesen zu untersuchen und die Fragen zu beantworten wird in dieser Arbeit eine Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen und Gesetzestexten durchgeführt. Alle Wahlprogramme, die seit den ersten post-franquistischen Wahlen von PP und PSOE veröffentlicht wurden und die Gesetze, die in Spanien seit 1977 bezüglich des Umgangs mit den Geschehnissen während Bürgerkrieg und Diktatur verabschiedet wurden, sollen dabei berücksichtigt werden.

Im folgenden Teil wird auf die geschichtlichen Hintergründe der Spaltung der spanischen Gesellschaft und des heute in Spanien vorherrschenden Zweiparteiensystems (2) eingegangen. Dabei wird im ersten Schritt die Geschichte Spaniens seit dem 19. Jahrhundert beschrieben (2.1), um im Anschluss auf die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967) einzugehen (2.2). Die Entstehung der beiden spanischen Volksparteien PP und PSOE und die Werte, für die sie jeweils stehen, sollen somit begründet und erklärt werden. Die Thesen werden im zweiten Teil der Arbeit anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse überprüft (3). Dabei wird im ersten Schritt die genaue Vorgehensweise nach Mayring (2010) beschrieben (3.1), um im Anschluss die eigene Datenerhebung vorzustellen (3.2). Die Wahlprogramme der Volksparteien seit dem Jahr 1977 und die bis 2011 verabschiedeten Gesetzestexte bezüglich des Umgangs mit Bürgerkrieg und Diktatur werden auf deren Grad an Verdrängung beziehungsweise Aufarbeitung der Vergangenheit hin untersucht. Das Kategoriensystem, das dabei verwendet wird, entsteht in Anlehnung an Gedanken, die in der Abhandlung „Erinnern-Verdrängen-Vergessen. Zum öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit in Geschichte und Gegenwart“ von Christian Meier (1997) beschrieben und bis ins Jahr 2010 von ihm modifiziert wurden (Meier 2010). Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse sind unter dem Punkt 3.3 zusammengefasst. Im vierten und letzten Teil der Arbeit wird ein Fazit der Inhaltsanalyse gezogen und ein Ausblick gegeben.

2 Historischer Hintergrund

Um nachvollziehen zu können wie PSOE und PP mit der Aufarbeitung der Vergangenheit von Bürgerkrieg und Diktatur umgehen und warum sie sich so verhalten, ist es essentiell den historischen Kontext zu

kennen, in dem die beiden Parteien entstanden sind. Wie Lipset und Rokkan nämlich schreiben, ist davon auszugehen, dass: „Parties do not simply present themselves de novo to the citizen at each election; they each have a history and so have the constellations of alternatives they present to the electorate“ (1967: 2).

In diesem Abschnitt werde ich auf die Geschichte Spaniens seit dem 19. Jahrhundert eingehen. Beschrieben wird der Werdegang Spaniens bis in die Gegenwart, da vor allem die Jahre seit dem Ende der Franco-Diktatur wichtig sind für die im nächsten Abschnitt dieser Arbeit folgende Inhaltsanalyse. Die Entstehungssituation der einzelnen, zu untersuchenden Wahlprogramme und Gesetzestexte hängt eng mit der jeweiligen aktuellen politischen Situation zusammen, auf die hier daher eingegangen werden soll. Im Anschluss werde ich die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967) beschreiben und die Entstehung der PSOE und der PP damit in Zusammenhang bringen. Die heutigen Volksparteien entstanden einerseits entlang der von den Autoren ermittelten Konfliktlinien, andererseits erscheint es notwendig, zusätzliche, auf den spanischen Fall zugeschnittene Cleavages, zu beschreiben, um die unterschiedliche Art des Umgangs der Parteien mit der Vergangenheit erklären zu können.

2.1 Spaniens Geschichte seit dem 19. Jahrhundert

Die spanische Parteiengeschichte beginnt mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Vereinigungsfreiheit im Jahr 1868 und kann in drei Phasen eingeteilt werden (vgl. Bernecker 2006: 87): Während sich die erste Phase von 1868 bis 1923 erstreckt und die I. Republik und die Restaurationsära einschließt, bezieht sich die zweite Phase auf die Jahre der II. Republik zwischen 1930 und 1936. Die dritte Phase, die der modernen Parteienlandschaft, existiert seit 1977 und dauert bis heute an. Unterbrochen wurden die Parteienentwicklungsphasen von der Militärdiktatur unter Primo de Rivera (1923–1939) und von der

Periode des Spanischen Bürgerkrieges und der daraus resultierenden Franco-Diktatur (1936–1977).

Die erste Phase der spanischen Parteiengeschichte war bereits geprägt von einem tiefen Konflikt innerhalb der spanischen Gesellschaft (vgl. Haas 2006: 421 ff.). Auf der einen Seite standen die Anhänger der I. Republik, die sich für ein parlamentarisches, liberales System stark machten. Auf der anderen Seite wünschten sich Monarchisten und Militärs eine konstitutionelle Monarchie. Als die I. Republik im Jahre 1873 ausgerufen wurde, gelang es den Republikanern aufgrund interner Unstimmigkeiten und dem Konflikt mit den Monarchisten nicht ihre bevorzugte Staatsform fest zu etablieren. Die als Karlisten bezeichneten Monarchisten fielen bereits kurz nach Ausrufung der Republik in Spanien ein und erklärten Alfons XII. zum König von Spanien, die Phase der Restauration begann. Alfons XII., installierte daraufhin eine konstitutionelle Erbmonarchie mit einem Zweikammersystem. Offiziell wurde ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Männerwahlrecht eingeführt. Tatsächlich aber wurden die Wahlen von Seiten des Königshauses gefälscht, die Zusammensetzung der Regierung vom König bestimmt. Die *Partido Liberal Fusionista* (PLF) und die *Partido Liberal Conservador* (PLC) wechselten sich auf dem Posten der Regierung ab. Die Mobilisierung von breiten Wählerschaften wurde für andere Parteien damit unwichtig, deren Verankerung in der Gesellschaft erschwert. Zusätzlich wurde die Etablierung der Parteien behindert durch eine anarchistisch eingestellte Arbeiterschaft. Auch wenn die *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) bereits im Jahr 1879 gegründet wurde, so tat sie sich lange Zeit schwer mit der Rekrutierung von Mitgliedern. Agrar- und Industrieproletariat waren hauptsächlich in der Gewerkschaft *Confederación Nacional de Trabajo* (CNT) organisiert, die sich offen gegen das bestehende System aussprach und die Arbeiter damit von

kooperierenden Parteien wie der PSOE fernhielt. Das Ende der ersten parlamentarischen Phase in Spanien resultierte aus einer wachsenden Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung mit der oligarchischen Herrschaft, die zu einem Militärputsch unter Primo de Rivera im Jahr 1923 führte. Dieser installierte in Spanien eine Diktatur, die bis in das Jahr 1930 halten sollte. Die beiden Herrschaftsparteien der Restauration PLF und PLC verschwanden damit für immer von der Bildfläche.

Während der Rivera-Diktatur wurden alle politischen Parteien verboten. Lediglich die von Rivera selbst gegründete Einheitspartei *Unión Patriótica* (UP) hatte eine offizielle Daseinsberechtigung, stand unter der Kontrolle des Diktators und diente der Legitimation seiner Politik nach außen (vgl. Bernecker 2006: 106).

Die zweite Phase der spanischen Parteiengeschichte begann mit dem Rücktritt des Diktators Primo de Riveras im Jahr 1930. Nachdem die während der Diktatur im Untergrund erstarkten antimonarchischen und republikanischen Strömungen (verbündete Sozialisten und Republikaner) in den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung 1931 einen „überwältigenden Sieg“ (Bernecker 2006: 95) erringen konnten, verließ König Alfons XIII. das Land und die II. Spanische Republik konnte ausgerufen werden. Das erste demokratische, breit aufgestellte Parteiensystem in Spanien entstand. Durch ihre bedingte Kollaboration mit den Machthabern während der Rivera-Diktatur, konnte sich die PSOE in den Jahren bis 1931 in ganz Spanien etablieren und eine Massenmitgliedschaft aufbauen. Das rechte Lager wurde in der *Confederación Española de Derechas Autónomas* (CEDA), dem Bund Autonomer Rechtsparteien vereint, die „vor allem die sozialistische und laizistische Gesetzgebung bekämpfte.“ (Bernecker 2006: 95)

Fünf Jahre später allerdings kam es bereits zum Zusammenbruch der II. Republik. Die starke Fragmentierung sogar innerhalb der verschiedenen

Strömungen, die Polarisierung und Radikalisierung der Wählerschaft hin zu den beiden politischen Extremen und der hohe Verschleiß an Regierungen (Volatilität) waren zentrale Faktoren, die zum Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges im Jahr 1936 führten (vgl. Haas 2006: 423). „Die Polarisierung verlief dabei vor allem entlang der drei Spaltungslinien Staat vs. Kirche, Arbeit vs. Kapital sowie Zentrum vs. Peripherie“ (Haas 2006: 423). Die beiden sich bekämpfenden Bürgerkriegsparteien ergaben sich wie folgt: „Auf der einen Seite stand das nationalistisch-konservative, ländlich-katholische, autoritär-monarchische, auf der anderen das progressiv-weltbürgerliche, urban-antiklerikale, liberal-republikanische Spanien“ (Bernecker 2006: 35). Während das linke Lager (Volksfront) eine laizistische, arbeiterorientierte und föderalistische Einstellung vertrat, setzte sich die politische Rechte (Nationale Front) für ein Mitspracherecht der Kirche aus, stand auf der Seite der Großgrund- und Kapitalbesitzer und versuchte die Macht der Madrider Hauptstadt zu stärken. Letztendlicher Auslöser der blutigen Kämpfe zwischen diesen beiden Strömungen war der lange vorbereitete Putsch unter General Francisco Franco. „Durch den Widerstand weiter Teile der Arbeiterschaft schlug der Putsch fehl und weitete sich zum Bürgerkrieg aus“ (Bernecker 2006: 9). Die Parteien der Nationalen Front unterstützten dabei geschlossen die Putschisten, später vereinigte sie Franco zur Einheitspartei *Movimiento Nacional* (MN), die neben Kirche und Militär zu seiner Machtbasis wurde und die Errichtung seines autoritären Staates mit trug.

Nach Francos Machtübernahme und dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges im Jahr 1939, erfolgte ein Verbot aller Parteien und Gewerkschaften der II. Republik, lediglich die MN blieb eine rechtmäßige politische Vereinigung. Die restlichen Parteien organisierten sich von da an im spanischen Untergrund oder im französischen oder mexikanischen Exil. Der öffentliche Umgang mit

dem Spanischen Bürgerkrieg wurde während der Diktatur einseitig betrieben, der Kampf der Konservativen gegen die Republikaner wurde als antikomunistischer Kreuzzug gegen ein Anti-Spanien behandelt (vgl. Bernecker/Brinkmann 2011: 14). „Die Unterdrückungsmechanismen der auf den Bürgerkrieg folgenden Diktatur (...) (diskriminierte) die Mehrzahl der Verlierer juristisch und vor allem sozioökonomisch“ (Bernecker/Brinkmann 2011: 14). Francos Politik war anfangs geprägt von einer bewussten Distanzierung Europas (vgl. Bernecker 2009: 61). Als die Staatengemeinschaft nach 1945 Spanien aufgrund der Diktatur offiziell ächtete und wirtschaftlich boykottierte, führte dies zu einer ökonomischen Rückständigkeit der Spanier, die das Land bis in die 1990-er Jahre beschäftigen sollte.

Mit dem Tod Francos im Jahr 1975 begann der Niedergang des autoritären Staates. Der von ihm als Nachfolger erkorene König Juan Carlos I. übernahm die Regierungsgeschäfte, verkündete in seiner Antrittsrede allerdings die Öffnung des Systems hin zu einer Demokratie (vgl. Bernecker 2006: 51 ff.). Einen Bruch mit der Diktatur gab es dabei nicht, die Transformation erfolgte innerhalb der franquistischen Strukturen und war von einem Konsens zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen geprägt. Die Angst vor einem erneuten Bürgerkrieg war so groß, dass sich die ehemals entgegen gesetzten Strömungen darauf einigten, die Konflikte die vor, während und nach Bürgerkrieg und Diktatur herrschten, zu begraben. Dies ging so weit, dass alle politischen Parteien eine Generalamnestie unterzeichneten, nach der alle Verbrechen, die vor dem 15. Dezember 1976 begangen wurden keine juristischen Konsequenzen haben sollten. „Nur auf ihrer Grundlage, so meinte man, könne ein verfassungsgebender Prozess eingeleitet werden“ (Santos 2009: 76).

Die dritte Phase der Parteiengeschichte beginnt im Jahr 1977 mit der Wahl des ersten postdiktatorischen Parlaments, das gleichzeitig als verfassungsgebende Versammlung fungieren sollte (vgl. Haas 2006: 428ff.). Insgesamt 12 Parteien schafften den Einzug in die *Cortes Generales*, dabei konnte die kurz vor den Wahlen gegründete *Union de Centro Democrático* (UCD) mit rund 35 % der Stimmen die Mehrheit der Parlamentssitze auf sich vereinen. Die aus dem Exil zurückgekehrten PSOE-Politiker, die ihre Partei ebenfalls zur Wahl des ersten Parlamentes aufstellten, gewannen rund 30 % der Stimmen. Am rechten Rand konnte die *Alianza Popular* (AP) 8,4 % der Stimmen für sich gewinnen. Die AP setzte sich zusammen aus „Parteien konservativer und rechtsextremer Kräfte aus dem ehemaligen franquistischen Lager“ (Nohlen/Hildenbrand 2005: 308), das schlechte Ergebnis von 1977 kam für die alten Machthaber unerwartet.

Mit Verabschiedung der Verfassung im Jahr 1979, kam es zu Neuwahlen, die wiederum die UCD mit 35 % der Stimmen für sich gewinnen konnte. Der Erfolg der Zentrumpartei ließ sich auf den ideologisch fehlenden Unterbau zurückführen. Wie Haas schreibt, konnte die UCD „frei auf die Vorlieben der Wählerschaft eingehen und ihr eigenes Profil der Nachfragesituation anpassen“ (2006: 429). Als sich allerdings die PSOE und die AP Ende der 1970-er Jahre programmatisch der Mitte annäherten, wurde die UCD für viele Wähler uninteressant.¹ Sie verlor bei den Wahlen von 1982 auf einen Schlag 28 % der Stimmen und verschwand damit aus der Politik. Die Wähler der UCD wechselten vor allem zur AP, die 1982 26 % der Stimmen gewinnen konnte. Als großer Gewinner der Wahl von 1982 ist allerdings die PSOE zu bezeichnen, die die absolute Mehrheit der Sitze gewann. Unter Felipe González als Ministerpräsident konnte sie

¹ So strich die PSOE im Jahr 1979 den Marxismus aus ihrem Parteiprogramm, die AP schloss sich mit verschiedenen bürgerlichen Parteien vorübergehend zum Mitte-Rechts-Bündnis *Coalición Democrática* zusammen.

erstmals in ihrer über 100-jährigen Geschichte die Regierungsgeschäfte übernehmen und das für insgesamt 14 Jahre.

Die Regierungszeit González' war geprägt von wirtschaftlichen Problemen, die es zu lösen galt: hohe Arbeitslosenzahlen, eine Inflationsrate von 15 % und eine negative Außenhandelsbilanz sind als die wichtigsten Eckpfeiler zu nennen (vgl. Bernecker 2010: 276). Außerdem häuften sich die ETA-Terroranschläge und die Forderung der Basken nach einer Abspaltung. Wie die alten Militärkader auf diese Provokation reagieren würden, war unklar, es bahnte sich eine innenpolitische Krise an. Außenpolitisch stand die Eingliederung Spaniens in die EG im Vordergrund, für die eine wirtschaftliche Modernisierung Grundvoraussetzung war. Insgesamt machen die 14 Jahre der PSOE-Regierung einen „ambivalenten Eindruck“ (Bernecker 2006: 55). Das Wohlstandsniveau konnte gesteigert werden, das Bruttoinlandsprodukt stieg an, die Inflationsrate wurde halbiert. 1986 wurde Spanien in die Europäische Gemeinschaft als Mitglied aufgenommen. Allerdings hinterließ González einen schwer verschuldeten Staat und die hohe Arbeitslosigkeit blieb bestehen.² Zur Abwahl der PSOE-Regierung im Jahr 1996 führte letztendlich eine Aneinanderreihung von Korruptions- und Vetternwirtschaftsskandalen, die die Wähler zur *Partido Popular* (PP) zogen.

Die Oppositionspartei AP orientierte sich in den Jahren der PSOE-Regierung immer weiter zur Mitte des politischen Spektrums hin (vgl. Nohlen/Hildenbrand 2005: 308f.). Die fortwährenden Niederlagen bei Parlaments- und Regionalwahlen veranlassten die Konservativen 1989 letztendlich dazu im Zusammenschluss mit verschiedenen kleinen Parteien die *Partido Popular* (PP) zu gründen und sich ein „neues, liberales und europäisch orientiertes Image der politischen

² Die Staatsverschuldung stieg von 31% des BIP auf 65% des BIP an.

Rechten“ (Nohlen/Hildenbrand 2005: 308) zu geben. Bis zum Wahljahr 1996 gelang es der Partei immer mehr Wähler für sich zu gewinnen und schließlich die Regierungsgeschäfte in Madrid für zwei Legislaturperioden zu übernehmen. Zwischen 1996 und 2004 schaffte sie es die hohe Staatsverschuldung auf 3 % des Inlandsproduktes zu drücken und somit die Maastrichter Konvergenzkriterien für einen Eintritt in die Europäische Währungsunion zu erfüllen, „die Stabilitätsfortschritte waren unverkennbar“ (Bernecker 2006: 57). Und auch das Problem der hohen Arbeitslosigkeit konnte die PP-Regierung eindämmen, die Quote sank bis 2005 auf 8,5%. Neben all diesen wirtschaftlichen Erfolgen allerdings, wurde der Politikstil des Ministerpräsidenten José María Aznars immer härter. Außenpolitisch entfernte er sich durch die Unterstützung des Irak-Krieges und die Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages von seinen EU-Nachbarländern, innenpolitisch warf man ihm einen „arroganten, präpotenten Politikstil“ (Bernecker 2006: 58) vor. Zusätzlich wurde der PP wenige Tage vor der Wahl von 2004, ein Terroranschlag in der Madrider U-Bahn zum Verhängnis. Aznar beschuldigte vorschnell und fälschlicherweise die ETA als Drahtzieher. Als er den Fehler durch Informationsvertuschung nicht in die Öffentlichkeit tragen wollte, wandten sich die Wähler von ihm ab, die PSOE gewann 42,6% aller Stimmen bei den Parlamentswahlen von 2004.

Die PSOE-Regierung unter José Luis Zapatero bemühte sich von Beginn an, um eine Annäherung an die EU: er zog die Truppen aus dem Irak ab, die Blockadehaltung bezüglich des EU-Verfassungsvertrages hob er auf (vgl. Bernecker 2006: 58f.). Und auch innenpolitisch ging man gegen erlassene Gesetze und Beschlüsse der Vorgängerregierung vor und gab sich in vielerlei Hinsicht liberal und fortschrittlich. So wurde die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt, das Scheidungsrecht gelockert und die Pflicht des Religionsunterrichts abgeschafft.

Wirtschaftlich war Spanien seit der PP-Regierung gut positioniert, bis im Jahr 2008 die internationale Wirtschaftskrise ausbrach, die Spanien bis heute im internationalen Vergleich besonders stark trifft.

Mit dem Platzen der Immobilienblase verloren schlagartig massenhaft Menschen ihre Arbeitsstellen, die Arbeitslosigkeit lag bis 2010 bei 20 %, was dem höchsten Wert in der Europäischen Union entsprach (vgl. Peters 2010). Besonders hart traf die Krise die spanische Jugend, 40 % aller unter 25-Jährigen waren 2010 ohne Anstellung, „innerhalb von zwei Jahren hat sich die Quote verdoppelt“ (Peters 2010). Das Haushaltsdefizit stieg zwischen 2006 und 2009 um mehr als das fünffache auf 11,2 % des BIP an, was einen harten Sparkurs der PSOE-Regierung mit sich brachte. Auf Druck von EU und IWF setzte Zapatero Sparpakete durch, die vor allem Kürzungen im Sozialbereich beinhalteten und die im Volk und in der Opposition viele Gegner fanden. Der Druck auf die PSOE-Regierung wurde durch Massenproteste so groß, dass Zapatero 2011 vorgezogene Neuwahlen anberaumte, die die PSOE deutlich verlor. Die *Partido Popular* konnte mit 44,62 % der Stimmen die Mehrheit der Sitze in den Cortes Generales für sich gewinnen.

Abbildung 1: Die Regierungen seit der Demokratisierung

Amtszeit		Regierungspartei	Stimmenanteil	Mandate	Regierungstyp
1977	–	UCD	34,52 %	165	Minderheitsregierung
1979	–	UCD	35,08 %	121	Minderheitsregierung
1982	–	PSOE	40,82 %	177	Einparteienregierung
1986	–	PSOE	37,86 %	163	Einparteienregierung
1989	–	PSOE	34,35 %	155	Minderheitsregierung
1993	–	PSOE	33,64 %	141	Minderheitsregierung
1996	–	PP	37,19 %	146	Minderheitsregierung
2000	–	PP	45,24 %	183	Mehrheitsregierung
2004	–	PSOE	43,27 %	164	Minderheitsregierung
2008	–	PSOE	43,87 %	154	Minderheitsregierung
2011		PP	44,62 %	186	Mehrheitsregierung

Quelle: eigene Darstellung (vgl. Haas 2006, Nohlen/Hildebrand 2005: 302, Gobierno de España 2011)

2.2 Historische Konfliktlinien in Spaniens Gesellschaft

Vor dem Hintergrund der Spanischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert lassen sich die Konfliktlinien definieren und erklären, entlang derer die heutigen beiden größten Parteien PSOE und PP entstanden.

Das Autorenduo Lipset und Rokkan beschreibt in der Einleitung seines Werkes „Party systems and voters alignments: Cross-National Perspectives“ (1967) drei Konfliktlinien, die für die Entstehung von Parteiensystemen vor allem in den modernen, westlichen Demokratien von Bedeutung sind.

Als erstes Cleavage definieren sie den „conflict between the central nation-building culture and the increasing resistance of (...) distinct subject populations (...) in the peripheries“ (Lipset/Rokkan 1967: 14). Sie meinen damit die Problematik, die aus der Geschichte einer Nation heraus entsteht, die verschiedene ethnische, religiöse oder sprachliche (Rand-) Gruppen in sich vereint. Diese gesellschaftlichen Untergruppen streben häufig nach mehr Selbstbestimmung oder einer Ausweitung

ihrer Rechte. Zur Artikulierung dieser Forderungen auf nationaler Ebene entstehen daher Parteien, die den nationalen Parteien gegenüberstehen, für die ein Staat als Ganzes zentral ist. Privilegien für einzelne Gebiete oder Gruppen sind für diese zweit genannten Parteien nebensächlich.

Weiter messen Lipset und Rokkan der Konfliktlinie zwischen Staat und Kirche eine große Bedeutung bei der Parteienentstehung zu, wenn sie vom „conflict between the centralizing, standardizing, and mobilizing Nation-State and the historically established corporate privileges of the Church“ (1967: 14) sprechen. Sie beziehen sich dabei auf den Konflikt zwischen Laizisten und Unterstützer starker Rechte für die Kirche. Vor allem betreffe dies den Bereich der Erziehung, in der die Kirche historisch bedingt eine zentrale Rolle spielte und die ihr im Zuge der Französischen Revolution streitig gemacht wurde (vgl. Lipset/ Rokkan 1967: 15).

Als drittes Cleavage definieren die Autoren „the conflict between the landed interests and the rising class of industrial entrepreneurs: the conflict between owners and employers on the one side and tenants, laborers, and workers on the other“ (Lipset/ Rokkan 1967: 14). Diese Konfliktlinie, die in der Literatur als „Arbeit-Kapital-Konflikt“ (Haas 2006: 427) abgekürzt wird, ist in Folge der Industriellen Revolution entstanden. Entlang des Cleavages formieren sich Parteien, die sich einerseits für die Interessen der Arbeitgeber, Land- und Fabrikbesitzer engagieren und andererseits die Parteien, die für die Belange der Arbeiter eintreten.

Diese drei Cleavages waren auch für die Entstehung der Parteienlandschaft in Spanien nach dem Ende der Franco-Diktatur von Bedeutung, allerdings in abgeschwächter Form: Aufgrund der in den 1960-ern vollzogene Modernisierung der spanischen Wirtschaft und

der Aussöhnung zwischen Monarchisten und Republikanern, Laizisten und Gläubigen durch die Konsenspolitik der Transformation waren die schwerwiegendsten Streitigkeiten zwischen den sozialen Gruppen Ende der 1970-er Jahre beigelegt. Als Beleg für die Abschwächung der Konflikte dienen die Ergebnisse der ersten demokratischen Wahlen auf nationaler Ebene in Spanien nach der Franco-Diktatur, als die UCD als Partei der Mitte die meisten Stimmen für sich gewinnen konnte (vgl. Abb. 1: Die Regierungen seit der Demokratisierung).

Trotz der Abmilderung der Konflikte, entstanden beziehungsweise reorganisierten sich die beiden heutigen Volksparteien PSOE und PP entlang der von Rokkan und Lipset definierten Cleavages und aus den seit dem 19. Jahrhundert vorherrschenden gesellschaftlichen Strömungen in Spanien.

Die Konfliktlinie Zentrum versus Peripherie bezieht sich in Spanien seit jeher vor allem auf die Regionen Kataloniens und des Baskenlandes (vgl. Bernecker 2006: 35 f.). Die beiden reichsten Autonomien in Spanien wurden besonders unter Francisco Franco unterdrückt, was einerseits am zentralistisch organisierten Spanien Francos lag, andererseits allerdings auch als „Racheakt gegen die im Bürgerkrieg auf der Seite der Republik kämpfenden Regionen“ (Bernecker 2002: 190) interpretiert werden kann. Es kam zu Ermordungen politischer Gegner seitens der Franco-Anhänger und Zerstörung öffentlicher Dokumente und Kulturgüter. In der Folge entstand ein starker Regionalismus in den beiden Gebieten, der bis heute den politischen Alltag in Spanien mitbestimmt. Im Umgang mit den spanischen Regionen lassen sich Unterschiede in den jeweils ersten Wahlprogrammen der Parteien PP und PSOE erkennen. Die damalige AP, vor allem aus ehemaligen Anhängern Francos bestehend, schreibt, sie wolle das regionale Problem durchaus lösen, allerdings ohne die Rechte der Nation zu mindern und *privilegios injustos* einzuführen (vgl. PP 1977:

23). Der Zentralstaat steht für die AP damit an erster Stelle. Der Ton der PSOE dagegen ist deutlich föderalistischer, wenn die Partei meint: „Sólo un centralismo inoperante y corruptor ha impuesto una uniformidad institucional forzada. (...) El PSOE afirma el derecho a la autonomía de los pueblos de España“ (Lediglich ein unwirksamer und korrupter Zentralismus hat uns zu einer institutionellen und erzwungenen Einheit gemacht. Die PSOE bejaht das Recht auf Selbstverwaltung der spanischen Völker) (PSOE 1977: 6). Die Volksparteien positionieren sich also im Moment ihrer Entstehung beziehungsweise ihrer Reorganisation auf entgegengesetzten Seiten dieses Cleavages.

Aber auch hinsichtlich der Konfliktlinie Staat versus Kirche vertraten AP und PSOE historisch bedingt unterschiedliche Auffassungen. Die Kirche diente Franco immer als Machtsicherung, der Katholizismus war ein fester Bestandteil des Franquismus, „staatliche und kirchliche Institutionen waren eng verflochten“ (Bernecker 2006: 50). Dass die AP, die sich aus den ehemaligen Kadern der Franquisten formierte, von Beginn an für starke Rechte der katholischen Kirche eintrat, erscheint daher logisch. So schreibt sie im Wahlprogramm von 1977: „El Estado garantizará la libertad religiosa con especial consideración de la Iglesia Católica“ (Der Staat wird die Religionsfreiheit mit besonderer Beachtung der katholischen Kirche garantieren) (PP 1977: 26). Die PSOE hingegen stand im Jahr 1977 für marxistische Werte, eine Herausstellung der katholischen Kirche sucht man vergeblich im ersten Wahlprogramm der Partei. Die Forderung nach Religionsfreiheit wird in einem Satz erwähnt (vgl. PSOE 1977: 5), die Trennung von Bildung und Religion wird auf Seite 19 gefordert. Man sieht, dass sich die Volksparteien also auch an dieser Konfliktlinie im Moment ihrer Gründung beziehungsweise Reorganisation gegenüberstanden.

Bezüglich der Arbeit-Kapital-Grenze sind ebenfalls unterschiedliche Einstellungen bei AP und PSOE auszumachen. Von ihren Grundsätzen her, vertrat und vertritt die PSOE die Interessen der Arbeiter. In den ersten Sätzen des Wahlprogramms aus dem Jahr 1977 heißt es dazu, dass sie „un partido de las clases trabajadoras ist“ (PSOE 1977: 2). Die AP dagegen schreibt vor allem „los problemas de las clases medias“ (PP 1977: 16) lösen zu wollen, sie schlugen sich damit in ihren Anfangsjahren auf die Seite des Mittelstandes.

Zusätzlich zu den drei, von Lipset und Rokkan definierten, drei Konfliktlinien, fügt Bernecker ein weiteres Cleavage hinzu, das in der spanischen Transformation und der Entstehung des aktuellen Parteiensystems zentral war: die Grenze zwischen Militär und Politik (vgl. 2006: 38). Das Militär war neben der katholischen Kirche und den Großgrundbesitzern der dritte wichtige Pfeiler und Unterstützer des General Francisco Francos. Gemeinsam mit dem späteren Machthaber organisierte das Militär den Staatsstreich, der als Auslöser des spanischen Bürgerkrieges gilt. Folglich ist die dem Franquismus zugeneigte AP auf der Seite des traditionellen spanischen Militärs einzuordnen, während die PSOE historisch bedingt diesem in seiner bisherigen Form skeptisch gegenüber eingestellt war (vgl. Kap. 2.1: Spaniens Geschichte seit dem 19. Jahrhundert). So ist die PSOE bei ihrer Reorganisation um eine Aussöhnung mit dem Militär bemüht, wenn sie schreibt, dass „Todo militar debe sentirse pueblo y todo el pueblo debe sentirse ejército“ (Das Militär sollte sich volkszugehörig fühlen und das Volk sollte sich als Teil des Militärs fühlen) (PSOE 1977: 23).

Für diese Arbeit erscheint es mir sinnvoll die unterschiedlichen Positionierungen der Volksparteien bezüglich der Konfliktlinien in ein übergreifendes Cleavage zusammenzufassen, wie es Bernecker andeutet (vgl. 2011: 21). Betrachtet man die jeweiligen Überzeugungen der PP und der PSOE, so fällt auf, dass die PP, beziehungsweise die

damalige AP, durchgehend die Ideologie Francos weiterführt, wenn auch in abgeschwächter Form. Die PSOE dagegen grenzt sich in allen Streitfragen von diesen Gedanken ab und positioniert sich auf der entgegengesetzten Seite der jeweiligen Konfliktlinie. Insgesamt also lässt sich zusammenfassen, dass sich die heutigen Volksparteien entlang des Cleavage Franco versus Anti-Franco entwickelten.

3 Forschungsprozess

3.1 Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2010)

In dieser Arbeit soll die These, dass die öffentliche Aufarbeitung des spanischen Bürgerkrieges und der Franco-Diktatur geprägt ist vom zwischenparteilichen Konflikt der Volksparteien PSOE und PP, anhand einer Inhaltsanalyse von Parteiprogrammen und Gesetzestexten überprüft werden.

Nach Diekmann (2009: 433) gibt es drei Arten der Datenerhebung: die Befragung, die Beobachtung und die Inhaltsanalyse. Die Inhaltsanalyse von Parteiprogrammen und Gesetzestexten ist für die Überprüfung der These am sinnvollsten, da sie meist nicht-reaktiv ist und Verzerrungen der Ergebnisse durch den Vorgang der Erhebung selten sind (vgl. Diekmann 2009: 627 f.).

Befragungen von beispielsweise Politikern oder Wissenschaftlern hinsichtlich der Thematik der Geschichtsaufarbeitung in Spanien hätten zwar Informationen liefern können, allerdings wären diese weder umfassend, noch neutral gewesen. Denn einerseits ist „das Interview (...) eine ausgesprochen reaktive Erhebungsmethode“ (Diekmann 2009: 434), andererseits ist es äußerst fraglich, ob Politiker, die die Versöhnungspolitik seit dem Ende des Franco-Regimes miterlebt haben, in repräsentativer Menge bereit und in der Lage für eine Teilnahme an

solch einem Interview gewesen wären. Außerdem eignet sich die Befragung vor allem „bei allgemeinen Bevölkerungserhebungen und zur Erforschung von Einstellungen und Meinungen.“ (Diekmann 2009: 434) Möchte man ein bestimmtes Politikfeld, wie die Aufarbeitung der Vergangenheit untersuchen, ist das Interview als Methode der Datenerhebung also nicht ideal.

Auch die Beobachtung wurde als Art der Datenerhebung ausgeschlossen. Diekmann (2009: 548) schreibt, dass diese als „die direkte Beobachtung menschlicher Handlungen, sprachlicher Äußerungen, nonverbaler Reaktionen und anderer sozialer Merkmale verstanden“ wird. Als Datenerhebung komme die Beobachtung also vor allem bei ethnologischen Feldforschungen in Frage und eignet sich nicht für den Vergleich von Parteienpolitik.

Diese Arbeit führt eine Inhaltsanalyse, wie sie Philipp Mayring (2010) beschreibt, durch. Mayring legt Wert darauf quantitative und qualitative Elemente der Inhaltsanalyse miteinander zu kombinieren, um die jeweiligen Schwachstellen der Datenerhebung auszugleichen. Insgesamt definiert er drei Forschungsschritte, die wiederum in einzelnen Unterkategorien eingeteilt werden. Dabei wechselt die Inhaltsanalyse „von der Quantität zu Qualität und wieder zur Quantität“ (Mayring 2010: 22).

Die ersten drei Arbeitsanweisungen fasst Mayring unter „Bestimmung des Analysematerials“ (2010: 52) zusammen. Dabei nennt er den ersten Schritt „Festlegung des Materials“ (Mayring 2010: 52) und meint damit die genaue Definition der zu untersuchenden Texte. Sollte die Datenmenge den Rahmen der jeweiligen Arbeit sprengen, so ist eine Eingrenzung des Materials durch eine repräsentative Stichprobeziehung in diesem Schritt notwendig. Der „Corpus“ (Mayring 2010: 52), der dadurch entsteht, sollte dabei während der Datenerhebung nur noch

unter bestimmten Bedingungen verändert werden. Der zweite Schritt bezieht sich auf die „Analyse der Entstehungssituation“ (Mayring 2010: 53) und verlangt eine genaue Beschreibung der Rahmenbedingungen, unter denen das Material produziert wurde. Dazu gehören Informationen über den Autor und dessen jeweiligem emotionalen und kognitiven Handlungshintergrund, die Zielgruppe, für die der Text produziert wurde, die konkrete Entstehungssituation und deren soziokultureller Hintergrund. Im dritten Schritt, den Mayring (2010: 53) „Formale Charakteristika des Materials“ nennt, wird die Form, in der das Material dem Forscher zur Verfügung steht, beschrieben. Sollte der Basistext in gesprochener Sprache vorliegen, so fällt unter diesen Punkt außerdem die Festlegung des Transkriptionsmodells, anhand dessen, die gesprochenen Wörter in einen geschriebenen Text umgewandelt werden sollen.

Sind diese drei Punkte abgehandelt, so folgt der nächste Schritt mit dem Titel „Fragestellung der Analyse“ (Mayring 2010: 56 f.), der wiederum zwei Unterpunkte umfasst. Hier soll der Autor die „Richtung der Analyse“ definieren und eine „Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung“ durchführen. Während sich die „Richtung der Analyse“ darauf bezieht, über wen oder was der Forscher mit Hilfe der Inhaltsanalyse eine Aussage treffen möchte, so soll im Schritt der „Theoriegeleiteten Differenzierung der Fragestellung“ auf den aktuellen Forschungsstand hinsichtlich der zu untersuchenden These eingegangen werden. Dabei betont Mayring, dass es darum gehe die bereits gewonnen Erfahrungen in der Sache zu nutzen, um mit der eigenen Arbeit eine Erweiterung dieses Forschungsstands erzielen zu können (vgl. Mayring 2010: 56).

Sind diese Schritte vollzogen, folgt das konkrete „Ablaufmodell der Analyse“ (Mayring 2010: 59ff.). Es dient dazu die Durchführung der

Inhaltsanalyse in einzelne Arbeitsschritte einzuteilen und „intersubjektiv überprüfbar“ (Mayring 2010: 59) zu machen. Der erste Schritt besteht dabei in der Festlegung der Analysetechnik. Der Forscher muss aus den drei Arten der Inhaltsanalyse, der „Zusammenfassung, Explikation, Strukturierung“ (Mayring 2010: 65) die für seine Arbeit am besten geeignete auswählen. Das Ziel der „Zusammenfassung“ definiert Mayring als „das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist“ (Mayring 2010: 65). Unter „Erklärung“ versteht der Autor dagegen eine Analysetechnik, die mit Hilfe von zusätzlichem Material den zu untersuchenden Text zu erklären und zu deuten versucht. (vgl. Mayring 2010: 65) Die „Strukturierung“ dagegen bezeichnet eine Technik, die das Material aufgrund bestimmter Kriterien einschätzt und -ordnet (vgl. Mayring 2010: 66).

Nachdem der Forscher das konkrete Ablaufmodell festgelegt hat, erfolgt die Entwicklung eines Kategoriensystems. Dieses entsteht durch das „Wechselspiel zwischen Theorie (der Fragestellung) und dem konkreten Material“ (Mayring 2010: 59), wird durch Einteilungsregeln definiert und während der Datenerhebung gegebenenfalls immer wieder modifiziert und überprüft. Steht das Kategoriensystem bereits vor Beginn der Datenerhebung fest, so bezeichnet Mayring dies eine „deduktive Kategorienbildung“ (Mayring 2010: 83). Die „induktive Kategorienbildung“ hingegen leitet die Kategorien direkt aus dem Material in einem Verallgemeinerungsprozess ab“ (Mayring 2010: 83).

Hat man sich für eine Art der Kategorienbildung entschieden (wobei auch eine Kombination möglich ist), folgt die Festlegung von „Analyseeinheiten“ (vgl. Mayring 2010: 59): Dabei bestimmt die

„Auswertungseinheit“, welche Textteile hintereinander untersucht werden und die „Kodier- und die Kontexteinheit“ den kleinsten beziehungsweise größten zu einer Kategorie zuzuordnenden Textbaustein. Die Frage wie klein (Kodiereinheit) beziehungsweise groß (Kontexteinheit) darf ein Textbaustein höchstens sein, um noch in eine Kategorie eingeordnet werden zu können, wird hier beantwortet.

Sind all diese Schritte vollzogen, beginnt die Arbeit am Material, dabei ist zu beachten, dass das Kategoriensystem immer wieder erweitert und modifiziert werden kann. Ein erster Probedurchlauf kann hier bereits erste Erkenntnisse liefern. Ist die Datenerhebung abgeschlossen, so werden die Ergebnisse abschließend interpretiert. Dabei kommt der quantitative Teil der Inhaltsanalyse zum Einsatz: Je öfter die Texte in eine Kategorie eingeordnet werden, desto schwerer fällt diese Kategorie ins Gewicht zur Beantwortung der Forschungsfrage.

3.2 Datenerhebung

Im Folgenden werden die oben beschriebenen Schritte einer Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) in Hinblick auf die Untersuchung der These dieser Arbeit angewendet. Diese lautet, dass die öffentliche Aufarbeitung des spanischen Bürgerkrieges und der Franco-Diktatur geprägt ist vom zwischenparteilichen Konflikt der Volksparteien PSOE und PP. Dabei besagt die These weiter, dass die PSOE sich um die Aufklärung der Verbrechen während Bürgerkrieg und Diktatur seitens der konservativen Strömungen bemüht und die PP dagegen diese Thematik nicht beachtet.

Daher muss sich die Inhaltsanalyse auf Material beziehen, das für beide Parteien in vergleichbarer Form vorliegt. Die *programas electorales* (Wahlprogramme) zu den nationalen Parlamentswahlen seit Ende der Franco-Diktatur sind hierfür ideal geeignet, da sie jeweils in derselben

Entstehungssituation entwickelt wurden. Außerdem ist eine Betrachtung der Gesetzestexte hinsichtlich der Vergangenheitsbewältigung vor diesem Hintergrund sinnvoll, da sie zeigen welche theoretischen Vorhaben aus den Wahlprogrammen auch tatsächlich umgesetzt wurden. Hierbei ist von großer Bedeutung, ob PP oder PSOE zum Zeitpunkt der Gesetzesverabschiedung die Mehrheit im Parlament stellte, um vergleichen zu können, welche Partei de jure mehr für die Vergangenheitsaufarbeitung in Spanien geleistet hat (vgl. Abb. 1: Die Regierungen seit der Demokratisierung). Im Einzelnen bedeutet das, dass die Wahlprogramme der PSOE und der AP/PP der Jahre 1977 bis 2011 inhaltlich analysiert werden (vgl. PP 1977, 1979, 1982, 1986, 1989, 1993, 1996, 2000, 2004, 2008, 2011; PSOE 1977, 1979, 1982, 1986, 1989, 1993, 1996, 2000, 2004, 2008, 2011). Außerdem werden alle Gesetze inhaltlich analysiert, die über die Dokumente-Suchmaschine des Spanischen Parlamentes unter den Suchbegriffen *memoria histórica*, *guerra civil* und *dictadura* erschienen, in der Rubrik *función legislativa* als Treffer angezeigt werden und als *aprobado* gekennzeichnet sind. Insgesamt wurden somit zwölf Gesetzestexte ermittelt (vgl. CG 1977, 1978a, 1978b, 1978c, 1979, 1980, 1981, 1984, 2005a, 2005b, 2006, 2007).

Die Wahlprogramme wurden für die jeweils bevorstehenden nationalen Parlamentswahlen konzipiert. Verfasser waren dabei die PSOE beziehungsweise die AP/PP als Ganzes. Zielgruppe stellte dabei das wahlberechtigte spanische Volk dar, die konkrete Entstehungssituation und der emotionale und kognitive Handlungshintergrund waren eng mit der jeweiligen aktuellen politischen Situation verknüpft (vgl. Kap. 2.1: Spaniens Geschichte seit dem 19. Jahrhundert). Als Verfasser der Gesetzestexte können die Parlamentarier bezeichnet werden, die dem jeweiligen Gesetz zustimmten. Da die Regierung über eine relative Mehrheit im Parlament bestimmt wird (und sei es in einer Koalition),

wird die Regierungspartei als Verfasser definiert, die in dem Moment der Verabschiedung des Gesetzes an der Macht war (vgl. Abb. 1: Die Regierungen seit der Demokratisierung). Zielgruppe war in diesem Fall das spanische Volk beziehungsweise die gesellschaftlichen Bereiche, die die Konsequenzen durch das neue Gesetz zu spüren bekamen. Außerdem kann vor allem bei den Gesetzen, die die symbolische Aufarbeitung der Vergangenheit zum Ziel haben, auch die Weltöffentlichkeit als Adressat definiert werden. Der emotional-kognitive Handlungshintergrund und die konkrete Entstehungssituation hingen dabei eng mit der jeweiligen aktuellen politischen Situation zusammen (vgl. Kap. 2.1: Spaniens Geschichte seit dem 19. Jahrhundert). Auch bei diesen Dokumenten ist es zentral, welche der beiden Parteien zu der Zeit der Verabschiedung der Gesetze mit wie viel Prozent der Sitze die Parlamentsmehrheit besaß, da sich anhand der Mehrheitsverhältnisse ein Vergleich im Umgang mit der Vergangenheit zwischen den Volksparteien herstellen lässt (vgl. Abb. 1: Die Regierungen seit der Demokratisierung).

Die Wahlprogramme und die Gesetzestexte liegen in schriftlicher Form vor. Während die Wahlprogramme der PSOE auf Anfrage bei der Partei mir per E-Mail zugesendet wurden, waren die Wahlprogramme der AP/PP über deren Internetauftritt auffindbar. Die Gesetzestexte waren auf der Internetseite des *Congreso de los Diputados* mittels einer Suchmaschine für Dokumente zu erreichen.

Diese Inhaltsanalyse hat zum Ziel Aussagen über den Kommunikator, also über die Parteien beziehungsweise die jeweilige Parlamentsmehrheit zu machen. Deren Umgang mit der nationalen Vergangenheit während Bürgerkrieg und Diktatur sollen untersucht werden. In Mayrings Schaubild (2010: 57) wäre also die Richtung der

Analyse hin zu Intentionen und Plänen beziehungsweise Einstellungen des Kommunikators zuzuordnen.

Betrachtet man den Forschungsstand bezüglich der Vergangenheitsaufarbeitung, so lassen sich verschiedene Arten des Verhaltens von Kollektiven und Individuen hinsichtlich schlimmer Vergangenheit ausmachen. Christian Meier definiert dabei die schlimme Vergangenheit als „störende, zu schaffen machende Erinnerung“ (1997: 61) und fasst die unterschiedlichen Formen unter „Erinnern – Verdrängen – Vergessen“ zusammen (1997: 61). Er betont gleichzeitig, dass es durchaus Unterschiede im Umgang mit derselben Vergangenheit auf der gesellschaftlichen Individual-, Gruppen- oder Gesamtebene geben kann. Schlimme Vergangenheit könne durch verschiedenste Ereignisse entstehen: Kriege, Vertreibungen, Verbrechen (vgl. Meier 1997 61ff.). Besonders schwierig zu Verarbeiten aber seien begangene oder erlittene Gräueltaten aus Bürgerkriegen. Möchte sich eine Gesellschaft nach solch einer gewaltsamen Auseinandersetzung wieder versöhnen und vereinen, so steht sie vor einer besonders schweren Aufgabe, „denn die Erinnerung an Schlimmes erzeugt nur allzu leicht den Drang nach Rache“ (Meier 1997: 61).

Betrachtet man die Geschichte der Erinnerungskultur, so fällt auf, dass seit den alten Griechen das Vergessen und Verdrängen auf politischer Ebene Usus war, es ist „ziemlich regelmäßig beschlossen worden, das Geschehene zu vergessen“ (Meier 1997: 75). Der Terminus „Nicht-Erinnern“ ist ab dem fünften Jahrhundert nach Christus in zahlreichen Dokumenten zur Beendigung von Bürgerkriegen, Kriegen und Revolutionen zu finden. Die ehemals gegnerischen Parteien beabsichtigten dadurch den „potentiell brisanten Gegensatz (...) zumindest entschärf(en) oder am Ausbruch hindern“ (Meier 1997: 65)

zu können, die Gruppen sollten dadurch vor neuen Gefahren geschützt werden. Logisch erscheint dabei, dass meist die Täter und Sieger der vorangegangenen Konflikte ein vorgeschriebenes Verdrängen der Gräueltaten auf politischer Ebene unterstützten, da mögliche Rachegedanken bereits gestillt waren (vgl. Meier 1997: 67 ff.). Nicht nur bei den alten Griechen kann man das Verdrängen von schlimmer Vergangenheit beobachten. So liest man beispielsweise auch im Vertrag zum Westfälischen Frieden: „Beiderseits sei ewiges Vergessen und Amnestie all dessen, was (...) feindlich begangen worden ist, (...) alles sei in ewiger Vergessenheit“ (Meier 1997: 74). Im Edikt von Nantes erklärt Heinrich IV.: „Die Erinnerung an das von beiden Seiten Geschehene solle ausgelöscht und eingeschläfert sein, wie wenn nichts passiert wäre“ (Meier 1997: 74). Das Verdrängen kommt also einem Schlussstrich gleich, den die Gruppen unter einen Konflikt ziehen, um ab dem Zeitpunkt gemeinsam in eine friedliche Zukunft zu gehen. Das Verdrängen jedoch dient nicht nur der Erhaltung oder Sicherung des neu erlangten Friedens. Verdrängung kann auch von politischen Einheiten betrieben werden, die sich der eigenen Schuld durchaus bewusst sind. Vor allem „Staaten sind ganz besonders wenig geneigt, Fehler oder Verbrechen, die sie oder ihre Angehörigen in ihrem Namen begangen haben, einzugestehen“ (Meier 1997: 78). Sie tendierten eher dazu die Augen davor zu verschließen und sich damit nicht öffentlich dazu zu bekennen, was einer Verdrängung gleichkommt. Die Thematisierung der eigenen Schuld, der sich die politischen Einheiten in solchen Fällen durchaus bewusst ist, kann somit durch ein Verdrängen vermieden werden. Zusammengefasst lässt sich das Verdrängen nach Meier (1997) definieren als das von den Volksvertretern beschlossene Nicht-Erinnern schlimmer Vergangenheit. In Verträgen und Dokumenten verpflichten sich vor allem nach (Bürger-) Kriegen die verschiedenen Parteien im Namen ihrer

Anhänger auf eine Beilegung des Konfliktes, einen Verzicht auf Rache und juristische Bestrafung der Taten und vor allem auf ein aktives Ausblenden aus der Erinnerung der begangenen Gräueltaten. Der Friede wird über das Recht gestellt (vgl. Meier 1997: 76).

War in den offiziellen Friedensverträgen auf politischer Ebene zwar das Verdrängen der Gräueltaten beschlossene Sache, so gestaltete sich das Vergessen für die einzelnen Individuen, vor allem auf der Seite der Leidtragenden, schwieriger. Vor allem der Gedanke nach Rache war in den vergangenen Geschichtsepochen ein großes Hindernis (vgl. Meier 2010: 18ff.). Das Verdrängen lässt sich vom Vergessen nach Meier insofern abgrenzen, als dass ersteres ein aktiv gelenktes Handeln von den Volksvertretern ist, letzteres jedoch ein unterbewusster Prozess eines Individuums oder Kollektivs ist. So schreibt Meier: „Natürlich kann Vergessen nicht auf Beschluss erfolgen. (...) (Allerdings) kann das Verdrängen das Vergessen befördern“ (1997: 68f.). Heute ist nach Auffassung der internationalen Öffentlichkeit und Politik ein Vergessen von Verbrechen in Kriegen und Bürgerkriegen zu verhindern, die weltweite Einhaltung von Menschenrechten wird als oberste Priorität empfunden, jeglicher Verstoß dagegen soll geahndet werden (vgl. Meier 84 ff.). Ein Vergessen solcher Gräueltaten steht dieser Überzeugung entgegen, „wenn nicht die Ahndung, soll zumindest die Aufklärung der Verbrechen vorangetrieben werden“ (Meier 2010: 84).

Vor allem Opfer und Leidtragende der schlimmen Vergangenheit haben es meist schwer die erlebten Gräueltaten zu vergessen, ihr Rachebedürfnis ist im Gegensatz zu dem der Täter und Sieger nicht gestillt. In der Zeit der alten Griechen führte dies immer wieder zu erneuten Bürgerkriegen und Verfassungsumstürzen (vgl. Meier 2010: 15ff.). Neben dem Erinnern als Opfer, beobachtet Meier allerdings auch das Erinnern an selbst verrichtetes Unrecht, um erfahrenes Leid zu

rechtfertigen (vgl. Meier 1997: 72). Leidtragende von Krankheit oder Kriegen versuchen das Erlittene mit zuvor begangenen Sünden oder ähnlichem zu rechtfertigen und sich damit in gewisser Weise zu trösten. erinnert heute eine Gemeinschaft offiziell und im Kollektiv an eine schlimme Vergangenheit, so versucht man damit eine Wiederholung der Gräueltaten zu verhindern (vgl. Meier 1997: 59ff.). Allerdings kann dieses Erinnern für ein Kollektiv, das sich erst vor kurzem in einem Bürgerkrieg untereinander bekämpft hat und nun versucht eine neue gemeinsame Identität zu kreieren, destabilisierend wirken. Meier fällt auf, dass das Erinnern als Art der Aufarbeitung der Vergangenheit ein relativ neues Phänomen ist, das vor allem seit dem Ende des Nationalsozialismus zu beobachten ist. Seitdem herrscht die Überzeugung vor, dass die Erinnerung von Verbrechen deren Wiederholung zu vermeiden hilft. In den vorangegangenen Geschichtsepochen galt das Erinnern, wie bereits erwähnt, als destabilisierender Faktor. Mit dem Ende des Nationalsozialismus jedoch änderte sich die allgemeine Auffassung dahingehend, dass der Holocaust ein zu schlimmes Verbrechen darstellt, als dass er verdrängt und vergessen werden könne. So schreibt Meier: „Ich bin überzeugt, dass es auf irgend absehbarer Zeit überhaupt nicht zu vergessen ist, folglich gegenwärtig bleibt“ (1997: 80).

Aus diesem theoretischen Hintergrund ergeben sich folgende Fragestellungen: Auf welche Art und Weise gehen PSOE und PP mit der Vergangenheit von Spanischem Bürgerkrieg und Franco-Diktatur seit der Einführung der Demokratie um? Inwiefern unterscheidet sich der Umgang mit der Vergangenheit der PSOE von dem der PP? Gibt es im zeitlichen Verlauf Veränderungen im Umgang mit der Vergangenheit bei den Parteien?

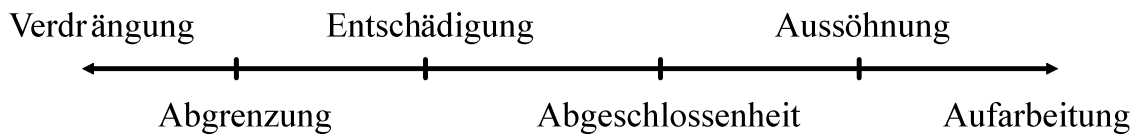
Um diese Fragen beantworten zu können, wird das Textmaterial mittels einer inhaltlichen Strukturierung analysiert, um „bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen“ (Mayring 2010: 98). Diese „bestimmten Themen“ beziehen sich hier auf Textteile, die sich mit dem Umgang mit der spanischen Bürgerkriegs- und Diktaturvergangenheit beschäftigen.

Dabei soll die Auswertungseinheit als Gesetzestext beziehungsweise Wahlprogramm als Ganzes definiert sein. Die Kodiereinheit ist festgelegt als vollständiger Satz, die Kontexteinheit ist mit der Auswertungseinheit gleichzusetzen.

Die Textteile werden qualitativ untersucht und in ein Kategoriensystem in Form einer Ordinalskala eingeordnet, das induktiv und deduktiv gebildet wird. Dabei ergeben sich die Randkategorien deduktiv aus der Theorie Meiers (vgl. oben): Verdrängen und Erinnern.³ Im Laufe der Inhaltsanalyse ließen sich unterschiedliche Arten des Erinnerns feststellen, induktiv entstand dadurch ein ordinales Kategoriensystem, das von Verdrängung, über Abgrenzung, Entschädigung, Abgeschlossenheit und Aussöhnung, bis zur Aufarbeitung aufgestellt ist. Abgesehen von der Kategorie der Verdrängung, sind alle Kategorien Arten der Erinnerung. Der Grad der Aufarbeitung der Vergangenheit, für die eine Kategorie steht, sinkt, je näher diese an der des Verdrängens eingeordnet und steigt je näher sie an der der Aufarbeitung angesiedelt ist.

³ Das Vergessen nach Meier ist für diese Arbeit irrelevant, da es sich als ein unbewusster Akt definiert und kein aktives Handeln von Politik bedeuten kann.

Abbildung 2: Kategoriensystem



Quelle: eigene Darstellung

Die erarbeiteten Kategorien definieren sich wie folgt:

a) Verdrängung: In diese Kategorie werden Texte eingeordnet, in denen kein Kommentar zur Bürgerkriegs- und Diktaturgeschichte Spaniens gefunden werden kann. Dieses offizielle Schweigen einer Partei über Bürgerkrieg und Diktatur wird gleichgesetzt mit einem Verdrängen nach Meier (vgl. oben). Außerdem fällt die (Forderung nach der) Amnestie unter diese Kategorie, da in ihr juristische Schritte gegen Verbrecher aus der Zeit zwischen 1936 und 1975 ausgeschlossen werden und dies nach Meier einem Verdrängen gleichkommt. Auch die Bevorteilung einer der beiden Bürgerkriegsparteien ist unter die Kategorie der Verdrängung einzuordnen.

b) Abgrenzung: Textteile, die einer aktiven Abgrenzung einer Partei mit einer Seite des Bürgerkrieges gleichkommen, werden in diese Unterkategorie eingeordnet. Auch Passagen, die sich mit der Entschädigung oder dem Andenken lediglich einer der beiden Bürgerkriegsparteien beschäftigen, sei es während des *Guerra Civil* oder der Diktatur. Als Beispiel soll hier das Zitat dienen: „(…) la solución del cáncer del terrorismo cuyas semillas plantó el anterior régimen y cuyos frutos envenenados estamos cosechando” (die Lösung

des Terrorismus, dessen Samen das vorherige Regime gelegt hat und dessen giftige Früchte wir nun ernten) (PSOE 1979: 4).

c) Entschädigung: Dieser Kategorie werden Textpassagen zugeordnet, die eine symbolische, beziehungsweise finanzielle Entschädigung für Opfer der Diktatur oder des Bürgerkrieges vorsehen oder fordern. Ein Beispiel hierfür ist der Satzteil „disposiciones (...) dirigidas a reparar (...) a quienes padecieron persecución durante el régimen franquista” (Maßnahmen treffen, um eine Wiedergutmachung bei den während der Diktatur Verfolgten zu erlangen) (CG 2006: 45).

d) Abgeschlossenheit: In diese Kategorie fallen Texte, wenn Bürgerkrieg und Diktatur als vergangene und abgeschlossene Geschichte behandelt werden. In diesen Texten ist also durchaus die Rede von Diktatur der Vergangenheit, allerdings in einer nüchternen Art und Weise. Ausdrücke, die als Beispiel für diese Kategorie dienen, sind unter anderem „solución de un problema histórico“ (PP 1986: 11), „viejos esquemas del pasado“ (PP 1996: 64).

e) Aussöhnung: Dokumente bzw. Textteile werden in diese Kategorie eingeordnet, wenn sich die Partei/ Entscheidungsträger aktiv einer Annäherung beider Bürgerkriegsparteien verpflichten. Beispiele hierfür sind Textfragmente wie „superar las diferencias que separaron a los españoles“ (die Unterschiede überwinden, die die Spanier untereinander trennten) (CG 1979: 1). Außerdem fallen unter diese Kategorie Texte, die ausdrücklich eine Gleichbehandlung beider Bürgerkriegsparteien vorsieht, wie zum Beispiel bei Renten- oder Entschädigungszahlungen an Kriegsoffer oder deren Angehörige.

f) Aufarbeitung: In diese Kategorie fallen Texte, die sich mit einer aktiven Aufarbeitung von Bürgerkrieg und Diktatur beschäftigen. Dazu gehören beispielsweise die Förderung von Museen und Archiven mit

Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1936 bis 1975 oder das aktive und gleiche Gedenken an Opfer beider Bürgerkriegsseiten. Textfragmente wie „recuperar la memoria histórica“ (CG 2006: 45) oder “creación del Centro Estatal de Documentación e Investigación sobre la Guerra Civil y el Franquismo” (PSOE 2004: 201) werden hier eingeordnet. Außerdem ist das aktive Gedenken an Gefallene und/oder Opfer von Bürgerkrieg und Diktatur als Aufarbeitung anzusehen. Unter diese Kategorie fallen zusätzlich Textfragmente, die sich mit einer nachträglichen Gleichbehandlung von Republikanern beschäftigen.

3.3 Ergebnisse

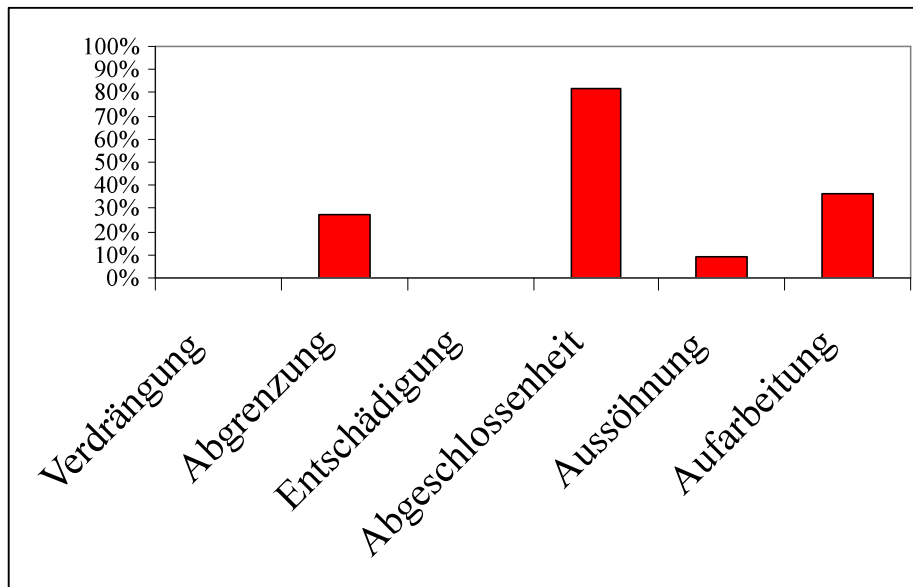
Im Folgenden werden die Ergebnisse vorgestellt, die aus der Inhaltsanalyse hervorgingen. Die Ausgangsfragen sollen in diesem Kapitel beantwortet werden: Auf welche Art und Weise gehen PSOE und PP mit der Vergangenheit von Spanischem Bürgerkrieg und Franco-Diktatur seit der Einführung der Demokratie um? Inwiefern unterscheidet sich der Umgang mit der Vergangenheit der PSOE von dem der PP? Gibt es im zeitlichen Verlauf Veränderungen im Umgang mit der Vergangenheit bei den Parteien? Dazu wird zuerst auf die Wahlprogramme der beiden Parteien eingegangen, um im Anschluss die Auswertung der Gesetzestexte darzulegen.

3.3.1 Wahlprogramme

Die Wahlprogramme von PSOE und PP werden zuerst im Einzelnen vorgestellt, um im Anschluss eine Gegenüberstellung der Einzelergebnisse vorzunehmen.

Die Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der PSOE ergab folgende Ergebnisse: Von den insgesamt elf ausgewerteten Wahlprogrammen aus den Jahren 1977 bis 2011, ließ sich keines den Kategorien der Verdrängung und der Entschädigung zuordnen (vgl. Abb. 3: Einordnung der PSOE-Wahlprogramme). Die Partei erwähnte in jedem ihrer *programas electorales* mindestens in einem Nebensatz die Franco-Diktatur oder den Spanischen Bürgerkrieg. Entschädigungen in finanzieller oder symbolischer Hinsicht wurden in keinem der Dokumente wörtlich erwähnt. 27,27% der Wahlprogramme wurden in die Kategorie der Abgrenzung eingeordnet, da sich die PSOE darin deutlich von den ehemaligen Machthabern während der Diktatur abgrenzte. In der deutlichen Mehrheit der Wahlprogramme, in 81,82% der Fälle, konnten Textpassagen gefunden werden, die die Vergangenheit als abgeschlossen betrachten, diese Programme wurden folglich der Kategorie der Abgeschlossenheit zugeordnet. Bürgerkrieg und Diktatur wurden darin neutral und als historische Ereignisse behandelt, die keine Emotionen aufkommen lassen, beziehungsweise nicht mehr aufkommen lassen sollen. Ein Wahlprogramm, also 9,1% der PSOE-Dokumente, beschäftigte sich mit der Aussöhnung der beiden Bürgerkriegsparteien. 36,36% der *programas electorales* der Sozialisten forderten eine konkrete Aufarbeitung von Bürgerkrieg und Diktatur.

Abbildung 3: Einordnung der PSOE-Wahlprogramme

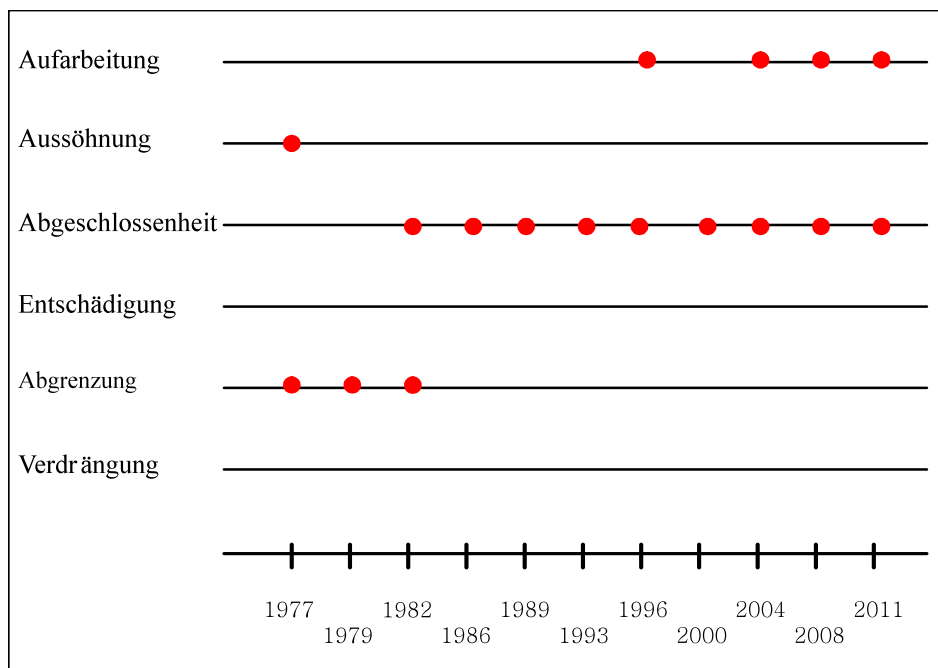


Quelle: eigene Darstellung

Im zeitlichen Verlauf lässt sich erkennen, dass die Partei der PSOE vor allem in den jungen Jahren der Demokratie sich von den Franco-Anhängern in Bürgerkrieg und Diktatur stark abgrenzen wollte, so wurden die drei ersten Programme aus den Jahren 1977, 1979 und 1982 der Kategorie der Abgrenzung zugeordnet (vgl. Abb. 4: PSOE-Wahlprogramme im zeitlichen Verlauf). Dass die spanischen Sozialisten die Vergangenheit allerdings auch bald als abgeschlossen behandelten, lässt sich ab dem Jahr 1982 beobachten. Seitdem kann jedes *programa electoral* in diese Kategorie eingeordnet werden. Dass auch im Wahlprogramm von 1996 die Aufarbeitung der Vergangenheit behandelt wurde, hängt mit dem 60. Jahrestages des Ausbruchs des Bürgerkrieges zusammen und war damit eine kurzfristige Erscheinung. Erst seit dem Jahr 2004 wird seitens der PSOE konstant eine aktive Aufarbeitung von Bürgerkrieg und Diktatur gefordert, was sich vor allem auf die Eröffnung und Förderung des *Centro Estatal de Documentación e Investigación sobre la Guerra Civil y el Franquismo*, des Museums und Forschungszentrums die Jahre 1936 bis 1975

betreffend, bezieht. Dass das Wahlprogramm aus dem Jahr 1977 als einziges in die Kategorie der Aussöhnung gefallen ist, zeigt deutlich die Konsenpolitik aller Parteien und Bevölkerungsgruppen, darunter eben auch der PSOE, die in der Transformationsphase betrieben wurde.

Abbildung 4: PSOE-Wahlprogramme im zeitlichen Verlauf

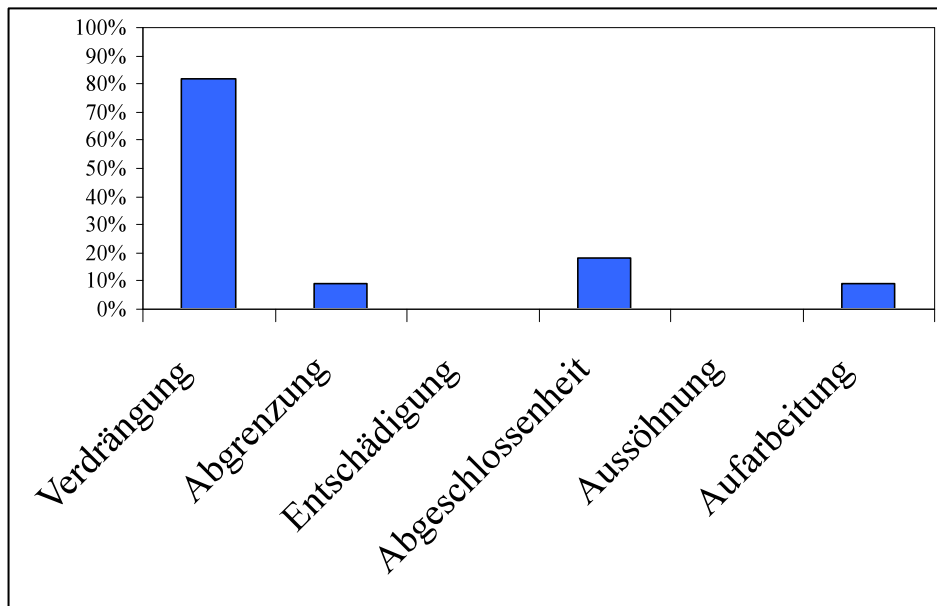


Quelle: eigene Darstellung

Die Wahlprogramme der PP zeigten größtenteils eine Verdrängung der Vergangenheit: 81,82% der Dokumente wurden in diese Kategorie eingeordnet, da kein Wort, keine Andeutung auf die Jahre 1936 bis 1977 gefunden wurden (vgl. Abb. 5: Einordnung der PP-Wahlprogramme). 9,1% der Programme konnten jeweils in die Kategorie der Abgrenzung und der Aufarbeitung zugeordnet werden. 18,18% wiesen darauf hin, dass für die PP die Vergangenheit abgeschlossen ist und Bürgerkrieg und Diktatur als historische Epoche angesehen wird, mit der die Gegenwart wenig zu tun hat. Textteile, die

in die Kategorien der Entschädigung und Aussöhnung hätten eingeordnet werden können, wurden nicht gefunden.

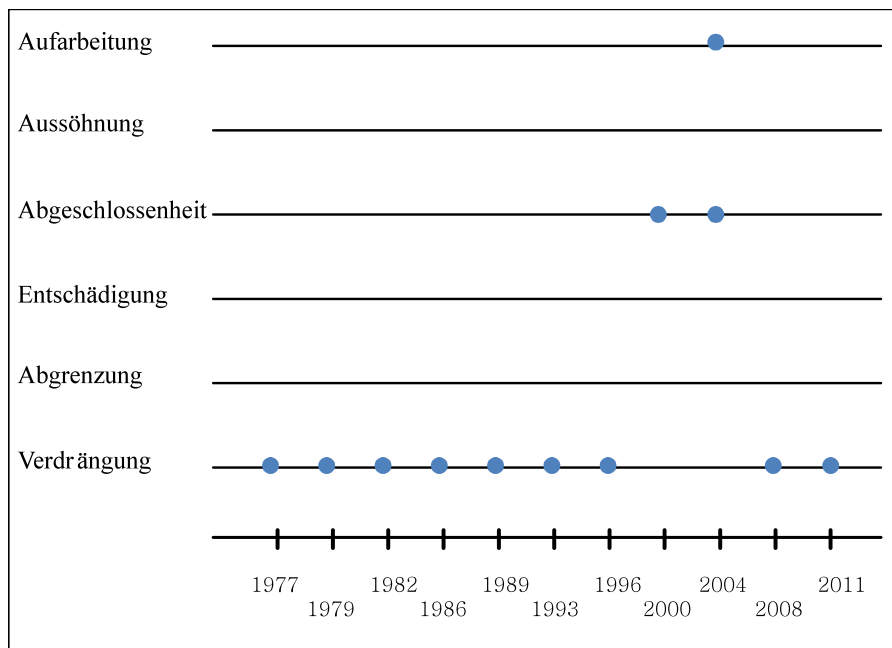
Abbildung 5: Einordnung der PP-Wahlprogramme



Quelle: eigene Darstellung

Im zeitlichen Verlauf der Kategorienzueordnung der PP-Wahlprogramme fällt auf, dass die Jahre 2000 und 2004 eine Besonderheit darstellen (vgl. Abb. 6: PP-Wahlprogramme im zeitlichen Verlauf). Sie sind die einzigen, in denen die spanische Bürgerkriegs- und Diktatur-Geschichte thematisiert wird. Beide Wahlprogramme wurden verfasst, als die PP an der Regierungsmacht war. Aznar war in der Zeit sehr darum bemüht sich als fortschrittlich und modern zu präsentieren, die PP als eine Partei der Mitte zu etablieren. Die Thematisierung der spanischen Vergangenheit in den Wahlprogrammen kann als Hinweis darauf gesehen werden.

Abbildung 6: PP-Wahlprogramme im zeitlichen Verlauf

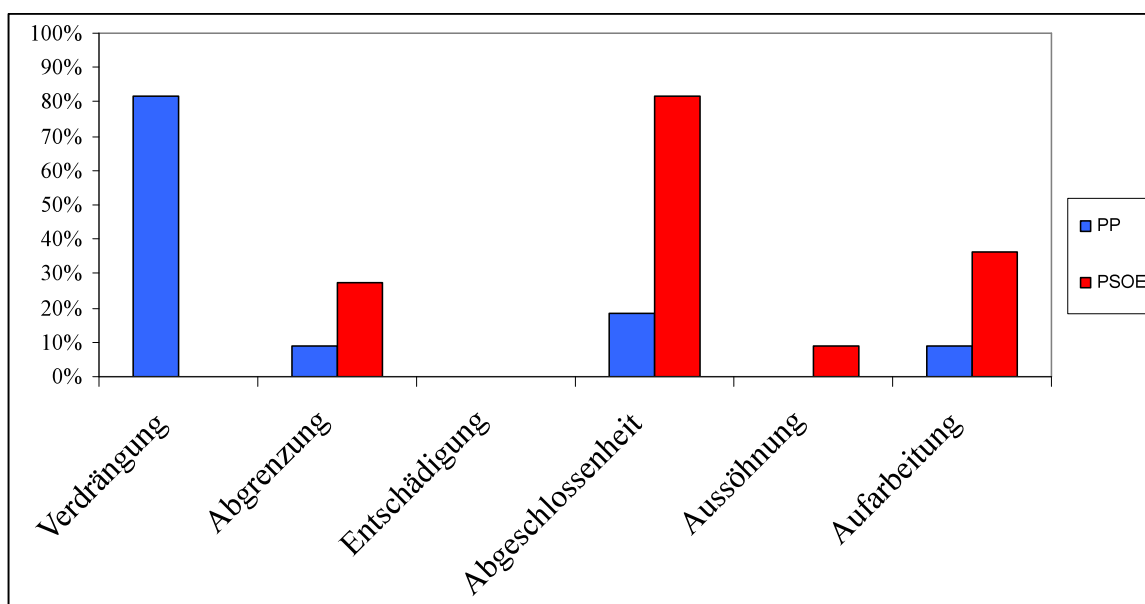


Quelle: eigene Darstellung

Vergleicht man den Umgang mit der Vergangenheit beider Parteien miteinander, so sind große Unterschiede festzustellen. Während die PP, mit einer kurzfristigen Ausnahme, Bürgerkrieg und Diktatur verschweigt und damit verdrängt, betreibt die PSOE seit Einführung der Demokratie eine Politik des Erinnerns, die sich im zeitlichen Verlauf immer mehr zur aktiven Aufarbeitung der Vergangenheit entwickelt hat. Die Ausgangsthese dieser Arbeit kann im Hinblick auf die Wahlprogramme vor allem ab dem Jahr 2004 also als bestätigt bezeichnet werden. Die Konfliktlinie Franco versus Anti-Franco spiegelt sich bis heute in der Aufteilung der beiden Volksparteien wieder. Denn während die PP einen Umgang mit der Bürgerkriegs- und Diktatur-Vergangenheit größtenteils umgeht, ist die PSOE immer mehr um deren Aufarbeitung bemüht. Der Konflikt wird von den Sozialisten seit 1982 als abgeschlossen angesehen, wie aber Meier schreibt, gilt in der heutigen Öffentlichkeit die Prämisse, dass Bürgerkriegs- und

Diktatur-Verbrechen großen Ausmaßes nicht unbedingt geahndet werden, aber doch aufgeklärt werden müssen (vgl. Meier 2010: 84). Dies lässt sich gut auf die Absichten der PSOE übertragen. Sie hat keine juristischen Schritte gegen die noch lebenden Verbrecher im Sinn, das Amnestie-Gesetz aus dem Jahr 1977 hat für sie volle Geltung. Eine Aufklärung aber der Verbrechen unterstützt sie sehr wohl, indem die Partei beispielsweise das *Centro Estatal de Documentación e Investigación sobre la Guerra Civil y el Franquismo* eröffnete und bis heute fördert. Dass die Opfer der republikanischen Seite während Bürgerkrieg und Diktatur vergessen werden, wollen sie vermeiden, da sie sich historisch bedingt diesen verbunden fühlen.

Abbildung 7: Wahlprogramme von PSOE und PP im Vergleich

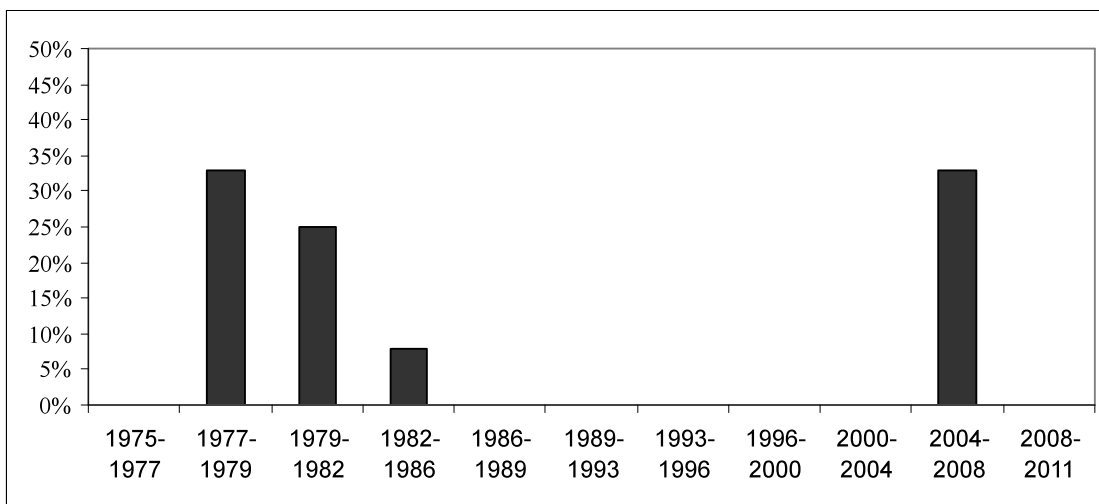


Quelle: eigene Darstellung

3.3.2 Gesetzestexte

Die Analyse der Gesetzestexte ergab ein ähnliches Bild. Insgesamt wurden zwölf Gesetze untersucht. Sieben davon wurden in den Transformationsjahren von der UCD-Regierung verabschiedet, sie sollen der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Die restlichen fünf Gesetze, die in Spanien seit 1977 die *memoria histórica*, *dictadura* oder *guerra civil* betreffend verabschiedet wurden, entstanden unter einer PSOE-Regierung. Das bedeutet, dass insgesamt 41,67% dieser Gesetze unter Federführung der PSOE entstanden, die PP bei keiner dieser Ausarbeitungen an der Regierung war. Diese legislative Passivität der *Partido Popular* ist als Verdrängung der Bürgerkriegs- und Diktatur-Vergangenheit zu deuten.

Abbildung 8: Verabschiedung der Gesetzestexte

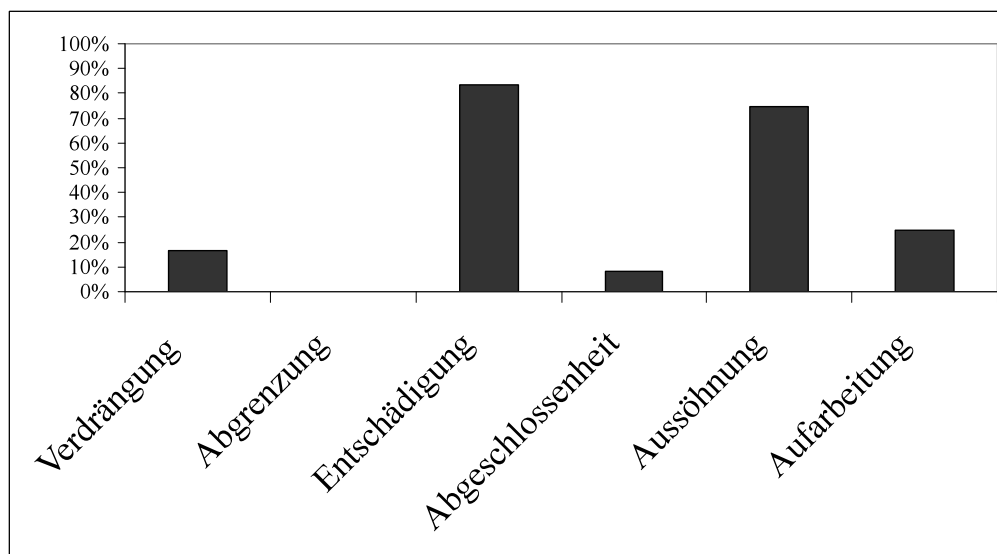


Quelle: eigene Darstellung

Die untersuchten Gesetze wurden zu 16,67% in die Kategorie der Verdrängung eingeordnet, unter anderem das Amnestie-Gesetz von 1977 war aufgrund des juristischen Freispruchs aller Verbrechen, die vor dem 15. Dezember 1976 begangen wurden, eindeutig dieser

Kategorie zugehörig (vgl. CG 1977: 203). Der Großteil der Texte, nämlich 83,33% davon, entsprach der Kategorie der Entschädigung, häufig wurden Zahlungen an Opfer der Jahre 1936 bis 1939 und an deren Angehörigen beschlossen. 8,33% der Gesetze behandelten Bürgerkrieg und Diktatur als historische Ereignisse und wurden in die Kategorie der Abgeschlossenheit eingeordnet. 75% der juristischen Texte beschäftigten sich mit einer Aussöhnung der beiden ehemals sich feindlich gegenüberstehenden Gesellschaftsgruppen, 25% mit einer aktiven Aufarbeitung des Geschehenen.

Abbildung 9: Einordnung der Gesetzestexte

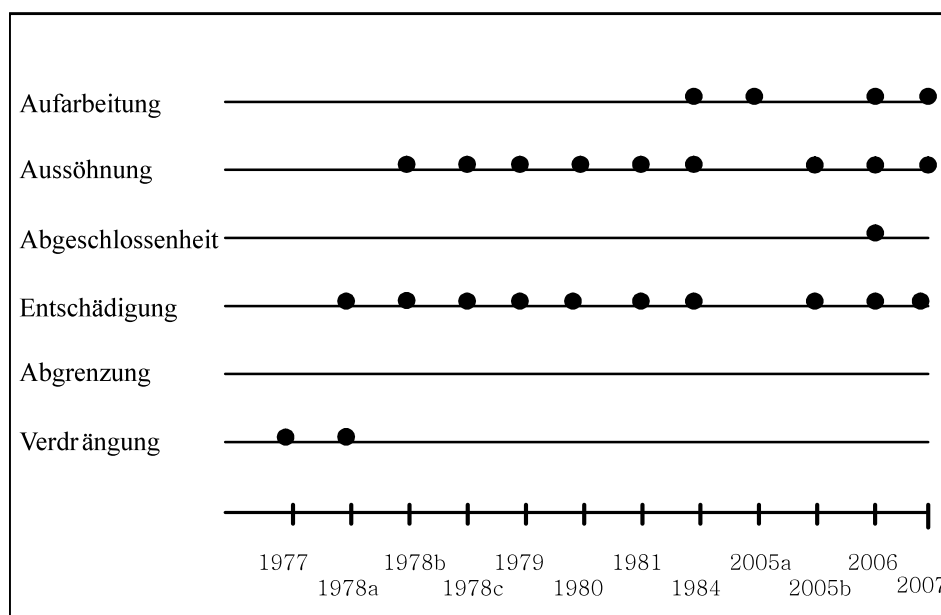


Quelle: eigene Darstellung

Betrachtet man den zeitlichen Verlauf, in dem die Gesetzestexte entstanden, so fällt auf, dass die meisten Gesetze in der Transformationsphase von 1977 bis 1982 verabschiedet wurden. Nach einer langen Pause von vier Legislaturperioden wurde das Erinnern seitens der Legislative in Spanien in den Jahren 2004 und 2008 wieder

vorangetrieben. Eng damit im Zusammenhang steht, dass im Jahr 2006 der Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges sich zum 70. Mal jährte und die PSOE zu der Zeit an der Regierungsmacht war. Sie forcierte stark die Ernennung des Jahres 2006 zum „Año de la Memoria Histórica“ (vgl. CG 2006) und die Verabschiedung des „Ley de la memoria histórica“ im Jahr 2007, das als Meilenstein in der Aufarbeitung der spanischen Bürgerkriegs- und Diktaturgeschichte gilt. Dass seit dem Jahr 2007 kein Gesetz mehr der Vergangenheit betreffend verabschiedet wurde, ist mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise zu begründen. Dadurch dass Spanien besonders stark durch das so genannte Platzen der internationalen Immobilienblase betroffen war und ist, standen andere (innen-)politische Themen auf der Agenda sowohl der PSOE auch der PP.

Abbildung 10: Einordnung der Gesetzestexte im zeitlichen Verlauf



Quelle: eigene Darstellung

Die Tatsache, dass keines der Gesetze den Bürgerkrieg und die Diktatur betreffend unter einer PP-Regierung entstand, bestätigt die These, dass die PP diese Thematik umgeht. Im zeitlichen Verlauf ist bei der *Partido Popular* keine Veränderung festzustellen, eine Verdrängung in juristischer Hinsicht seit der Einführung der Demokratie ist zu beobachten. Wichtig ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass die PP eine Verdrängung nicht nur durch Passivität in der Gesetzgebung betrieben hat, sondern dass sie in legislativer Hinsicht aktiv die Verabschiedung von Gesetzen zugunsten der Aufarbeitung der Vergangenheit verhinderte. „So überstimmte (unter anderem) im Februar 2002 die *Partido Popular* eine Gesetzesinitiative aller übrigen parlamentarischen Fraktionen, die vorsah, die Opfer des Franquismus zu rehabilitieren und ökonomisch zu entschädigen“ (Bernecker 2009: 67ff.). Insgesamt lehnte die Regierung Aznars in den Jahren 2000 bis 2004 über 25 Gesetzesinitiativen hinsichtlich der Aufarbeitung der Vergangenheit ab (vgl. Bernecker 2009: 71).

Dass die PSOE dagegen vor allem seit der Jahrtausendwende um eine Aufarbeitung der Geschehnisse bemüht ist, wird, wie bei der Analyse der Wahlprogramme, bei der Untersuchung der Gesetze verdeutlicht (vgl. Abbildung 8: Verabschiedung der Gesetze).

4 Fazit und Ausblick

Diese Arbeit hat einen Abriss der spanischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert gegeben, um die Spaltung der Gesellschaft auf der iberischen Halbinsel, die bis heute aktuell ist, erklären zu können. Es hat sich gezeigt, dass die Teilung zwischen konservativ-monarchischen und liberal-republikanischen Kräften in Spanien bis in das 19. Jahrhundert zurückgeht. Mit Hilfe der Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967) ließ sich erklären, dass sich die beiden größten

spanischen Parteien in Spanien entlang der klassischen Konfliktlinien Staat versus Kirche, Arbeit versus Kapital und Zentrum versus Peripherie entstanden. Zusätzlich dazu wurde festgestellt, dass die Cleavages Militär versus Politik und Franco versus Anti-Franco für die Entstehung der beiden größten spanischen Parteien zentral waren. Letzteres stellt dabei eine Zusammenfassung der anderen Konfliktlinien dar: Die PP ist auf der Seite der Franquisten anzusiedeln, die gleichzeitig für eine starke Kirche steht, arbeitgeberfreundliche Politik betreibt und historisch bedingt für einen zentral verwalteten Staat und ein starkes Militär eintritt. Die PSOE dagegen positioniert sich in Bezug der Konfliktlinien ausnahmslos auf der gegenüberliegenden Seite, was sich unter dem Cleavage Anti-Franco zusammenfassen lässt.

Die im Anschluss an den historischen Hintergrund erfolgte Auswertung der Wahlprogramme von PP und PSOE und der Gesetzestexte hat die These bestätigt, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit in Spanien geprägt ist von der zwischenparteilichen Konfliktlinie Franco versus Anti-Franco. Die Inhaltsanalyse der Wahlprogramme hat gezeigt, dass die PP über weite Strecken die Vergangenheit in Form von Verschweigen verdrängt. Lediglich in zwei der elf Wahlprogramme wird die Geschichte als abgeschlossen behandelt, in einem eine Aufarbeitung der Vergangenheit erwähnt. Die PSOE dagegen hat in jedem ihrer *programas electorales* an die spanische Vergangenheit erinnert, anfangs in deutlicher Abgrenzung zu den Machthabern während der Diktatur, später vor allem als abgeschlossene historische Epoche. Eine aktive Aufarbeitung der Vergangenheit thematisierten die Sozialisten erstmals im Jahr 1996.

Die Tatsache, dass die Gesetzestexte bezüglich der spanischen Bürgerkriegs- und Diktaturvergangenheit ausschließlich unter UCD- und PSOE-Regierungen verabschiedet wurden, bestätigt die Thesen ebenfalls. Die PSOE betrieb in den Jahren 2004 bis 2008 eine sehr

aktive Politik der Aufarbeitung der Vergangenheit, insgesamt traten in der Legislaturperiode vier Gesetze diesbezüglich in Kraft.

Die historischen Konfliktlinien in Spanien sind also auch heute noch aktuell, vor allem das Cleavage Franco versus Anti-Franco scheint in der Gesellschaft präsent zu sein. In Anbetracht des Forschungsstands, den Meier zusammengefasst hat, lassen sich zwei Arten des Umgangs mit schlimmer Vergangenheit in Spanien feststellen: Erinnern und Verdrängen. Eine einheitliche Linie der Politik konnte aufgrund der Konfliktlinie nicht gefunden werden. Die anfängliche Konsenspolitik nach Francos Tod, verliert mit der Zeit vor allem für die PSOE immer mehr an Bedeutung, wie diese Arbeit gezeigt hat. Die Tatsache, dass auch heute noch eine Spaltung der spanischen Gesellschaft zu beobachten ist, erklärt warum knapp vierzig Jahre nach dem Tod des Diktators Franco die Aufarbeitung der Bürgerkriegs- und Diktaturvergangenheit noch nicht sehr weit fortgeschritten ist. Jede Bemühung in diese Richtung löst eine große Kontroverse in der spanischen Öffentlichkeit aus, die den Prozess der Aufarbeitung verlangsamt. Ein Ende dieser Spaltung und ein offener Umgang mit der spanischen Geschichte scheint in absehbarer Zeit nicht möglich.

Diese Arbeit kann allerdings nicht die Frage beantworten, aus welchem Grund die PP diese aktive Verdrängung der Vergangenheit betreibt. Wie Meier schreibt, kann diese einerseits betrieben werden, um die eigene Schuld nicht thematisieren zu müssen (vgl. Meier 1997: 77). Andererseits um die den Konflikt in der Gesellschaft nicht erneut aufflammen zu lassen, die innere Einheit zu schützen und keine neue Kontroversen auszulösen. Die Untersuchung welche Motive hinter dem Verdrängen seitens der PP stehen, bietet Stoff für weiterführende Forschungsarbeiten.

Im Laufe der Inhaltsanalyse haben sich verschiedene Arten des Erinnerns in Spanien herauskristallisiert, die ebenfalls für zukünftige Forschungsarbeiten relevant sein können. Interessant ist dabei zu beobachten wie sich der Grad der Aufarbeitung im Laufe der Jahre bei der PSOE gesteigert hat. Inwieweit dieser Wandel mit einer Bewältigung der Vergangenheit seitens der Opfer während der Diktatur zusammenhängt, ist eine Frage, die es ebenfalls in weiterführenden Arbeiten zu untersuchen gilt.

Literaturverzeichnis

Bernecker, Walter L., 2002: Spanische Geschichte. Von der Reconquista bis heute. Darmstadt.

Bernecker, Walter L., 2006: Spanien-Handbuch. Geschichte und Gegenwart. Tübingen.

Bernecker, Walter L., 2009: Demokratie und Vergangenheitsbewältigung. Zur Wiederkehr verdrängter Geschichtserinnerung in Spanien, in: *Olmos, Ignacio/ Keilholz-Rühle, Nikky* (Hrsg.): Kultur des Erinnerns. Vergangenheitsbewältigung in Spanien und Deutschland. Frankfurt am Main. 57-74.

Bernecker, Walter L., 2010: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg. München.

Bernecker, Walter L./ Brinkmann, Sören, 2011: Spanien – Zwischen Erinnerung und Zeitgeschichte, in:
http://docupedia.de/zg/Spanien_Zwischen_Erinnerung_und_Zeitgeschichte#Demokratisierung_und_Aufarbeitung_der_Vergangenheit; 21.06.2012.

Cortes Generales (CG), 1977: Proposición de ley de amnistía, in:
http://www.congreso.es/public_oficiales/L0/CONG/BOCG/BOC_016.PDF;
28.6.2012.

Cortes Generales (CG), 1978a: Real Decreto-Ley 6/1978, de 6 de marzo, por el que se regula la situación de los militares que tomaron parte en la guerra civil, in:
http://www.congreso.es/public_oficiales/L0/CONG/BOCG/BOC_069.PDF;
28.6.2012.

Cortes Generales (CG), 1978b: Real Decreto-Ley 43/1978, de 21 de diciembre, por el que se reconocen beneficios económicos a los que sufrieron lesiones y mutilaciones en la Guerra Civil Española, in: http://www.congreso.es/public_oficiales/L0/CONG/BOCG/BOC_221.PDF; 28.6.2012.

Cortes Generales (CG), 1978c: Real Decreto-Ley 35/1978, de 16 de noviembre, por el que se conceden pensiones a los familiares de los españoles fallecidos como consecuencia de la guerra 1936-1939, in: http://www.congreso.es/public_oficiales/L0/CONG/BOCG/BOC_190.PDF ; 28.6.2012.

Cortes Generales (CG), 1979: Proposición de ley sobre reconocimiento de pensiones, asistencia médico-farmacéutica y asistencia social en favor de las viudas, hijos y demás familiares de los españoles fallecidos como consecuencia o con ocasión de la pasada guerra civil, in: http://www.congreso.es/public_oficiales/L1/SEN/BOCG/II/II0029_19790809.PDF; 22.6.2012.

Cortes Generales (CG), 1980: Proposición de ley de pensiones a los mutilados ex-combatientes de la zona republicana, in: http://www.congreso.es/public_oficiales/L1/SEN/BOCG/II/II0086D.PDF; 22.6.2012.

Cortes Generales (CG), 1981: Proyecto de ley de Fraccionamiento en el pago de atrasos de pensiones derivadas de la guerra civil, in: http://www.congreso.es/public_oficiales/L1/SEN/BOCG/II/II0191D.PDF; 22.6.2012.

Cortes Generales (CG), 1984: Proposición de ley de reconocimiento de derechos y servicios prestados a quienes durante la guerra civil formaron parte de las Fuerzas Armadas, Fuerzas de Orden público y

Cuerpo de Carabineros de la República, in:

http://www.congreso.es/public_oficiales/L2/SEN/BOCG/II/II0164E.PDF,
22.6.2012.

Cortes Generales (CG), 2005a: Proyecto de ley por la que se reconoce una prestación económica a los ciudadanos de origen español desplazados al extranjero, durante su minoría de edad, como consecuencia de la Guerra Civil, y que desarrollaron la mayor parte de su vida fuera del territorio nacional, in:

http://www.congreso.es/public_oficiales/L8/CONG/BOCG/A/A_020-01.PDF; 22.6.2012.

Cortes Generales (CG), 2005b: Proyecto de ley de restitución a la Generalidad de Cataluña de los documentos incautados con motivo de la Guerra Civil custodiados en el Archivo General de la Guerra Civil Española y de creación del Centro Documental de la Memoria Histórica, in:

http://www.congreso.es/public_oficiales/L8/SEN/BOCG/II/II0030A.PDF;
22.6.2012.

Cortes Generales (CG), 2006: Aprobación definitiva por el congreso. Declaración del año 2006 como Año de la Memoria Histórica, in:

http://www.congreso.es/public_oficiales/L8/CONG/BOCG/B/B_221-15.PDF; 22.6.2012.

Cortes Generales (CG), 2007: Proyecto de Ley por la que se reconocen y amplían derechos y se establecen medidas en favor de quienes padecieron persecución o violencia durante la Guerra Civil y la Dictadura, in:

http://www.congreso.es/public_oficiales/L8/SEN/BOCG/II/II0133A.PDF;
22.6.2012.

Diekmann, Andreas, 2009: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Hamburg.

Gobierno de España, 2011: Elecciones Generales 2011, in: http://elecciones.mir.es/resultadosgenerales2011/99CG/DCG999999TO_L1.htm; 22.6.2012.

Haas, Melanie, 2006: Das Parteiensystem Spaniens, in: *Nierdermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie* (Hrsg.), 2006: Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden, 421–452.

Mayring, Philipp, 2010: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel.

Juliá, Santos, 2009: Von den Kindern an die Enkel: Erinnerung und Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs während der Transition und in der Demokratie, in: *Olmos, Ignacio/ Keilholz-Rühle, Nikky* (Hrsg.): Kultur des Erinnerns. Vergangenheitsbewältigung in Spanien und Deutschland. Frankfurt am Main. 75–86.

Meier, Christian, 1997: Erinnern– Vergessen– Verdrängen. Zum öffentlichen Umgang mit schlimmen Vergangenheiten in Geschichte und Gegenwart., in: *Berlin– Brandenburgische Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.), Berichte und Abhandlungen, Bd. 3. Berlin, 55–99.

Meier, Christian, 2010: Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit. München.

Nohlen, Dieter/Hildenbrand, Andreas, 2005: Spanien. Wirtschaft– Gesellschaft–Politik. Ein Studienbuch. Wiesbaden.

Partido Popular (PP), 1977: Que es Alianza Popular, in:
http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090914125351_2018009190.pdf; 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 1979: Un programa de gobierno de centroderecho, in:
http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090914125732_855333177.pdf; 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 1982: Es hora de soluciones, in:
http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090915085353_1842933882.pdf; 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 1986: Programa de gobierno, in:
http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090915090519_434704378.pdf; 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 1989: Programa Electoral Octubre 1989, “El proyecto popular”. Todo lo que el Partido Popular va a cambiar, in:
http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090915091222_1472593879.pdf; 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 1993: Ahora. Programa de Gobierno para todos, in:
http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090915092057_349537285.pdf; 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 1996: Con la nueva mayoría. Programa electoral, in:
http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090915093224_127951152.pdf, 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 2000: Elecciones Generales 2000. El compromiso del Centro. Vamos a más, in: http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090915094954_943043302.pdf; 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 2004: Elecciones Generales 2004. Programa de gobierno. Avanzamos Juntos, in: http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090915095704_1630412855.pdf; 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 2008: Las ideas claras. Con Rajoy es posible. Programa de Gobierno, in: http://www.pp.es/file_upload/recursos/pdf/20090915123720_1660537083.pdf; 21.6.2012.

Partido Popular (PP), 2011: Lo que España necesita. Confianza. Empleo. Reformas. Educación, in: http://www.pp.es/actualidad-noticia/programa-electoral-pp_5741.html; 21.6.2012.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 1977: PSOE. 77. Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 1979: Programa del PSOE. Versión ilustrada – elecciones 1979. Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 1982: Por el cambio. Programa electoral. Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 1986: Programa 1986/1990. Para seguir avanzando por buen camino. Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 1989: Programa electoral 1989. España en progreso. Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 1993: El programa de la mayoría. Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 1996: Programa electoral. Elecciones Legislativas 1996. Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 2000: Programa electoral. Elecciones Generales 2000. Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 2004: Merecemos una España mejor. Programa Electoral. Elecciones Generales 2004. Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 2008: Motivos para creer. Programa electoral. Elecciones generales 2008: Madrid.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 2011: Programa electoral. Elecciones Generales 2011, in:
<http://estaticos.elmundo.es/elecciones/elecciones-generales/2011/programas/pdf/psoe.pdf>; 21.6.2012.

Partido Socialista Obrero de España (PSOE), 2012: Historia del Partido Socialista Obrero Español, in:
<http://www.psoe.es//ambito/historiapsoe/docs/index.do?action=View&iid=460110>; 9.5.2012.

Peters, Katharina, 2010: Zapateros Spardiktat. Spaniens Generation Weder-Noch, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/zapateros-spardiktat-spaniens-generation-weder-noch-a-692075.html>; 23.6.2012.

Peters, Katharina, 2011: Vergangenheitsbewältigung in Spanien. Ruhe unsanft, Diktator!, in:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/vergangenheitsbewaeltigung-in-spanien-ruhe-unsanft-diktator-a-736233.html>; 30.6.2012.

Eigenständigkeitserklärung

Ich versichere, dass ich die vorgelegte Arbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Arbeit ist in keinem anderen Kurs in dieser oder einer ähnlichen Form vorgelegt worden.

München, 10. Juli 2012

Unterschrift